

Der Rat!

Basisorgan eines föderativen
Staatsaufbaues
oder
inkompetenter Erfüllungsgehilfe
zentralistischer Macht?

Manuskript
Oktober 1990

Tristan Abromeit

<http://www.tristan-abromeit.de/>

Text: 7.0

D E R R A T !

Basisorgan eines föderativen Staatsaufbaues
oder
inkompetenter Erfüllungsgehilfe zentralistischer Macht?
=====

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

Seite	K a p i t e l
-----	-----
2 ...	Die Schlußfragen am Anfang
3 ...	Einleitung
4 ...	Politische Verhaltens- und Bewertungsmuster
7 ...	Der Bürgerantrag und das Verhalten des Rates
11 ...	Die Bewertung einer regionalen Friedensinitiative und Friedensforschung
14 ...	Die Ratlosigkeit des Rates in Sachen Moor - Ökologie- und Ökonomieprobleme -
19 ...	Ein Straßenbenennungsvorschlag konfrontiert uns mit der unbewältigten nationalsozialist. Vergangenheit
24 ...	Die Stadt und ihre finanziellen Leistungen Oder: Das Thema Verschuldung
34 ...	Entscheidungstransparenz und Entscheidungsperspekti- ve bei der Förderung von Kultur, Sport und Soziales
36 ...	Das Grundgesetz kam von oben; die Verfassung muß von unten kommen!
49 ...	Endnoten
54 ...	Literatur
56 ...	Anschriften
58 ...	Anhang I: Presseartikel zum Thema Vergangenheits- bewältigung
60 ...	Anhang II: Grafische Darstellungen und Texte zu ökonomischen Vorgängen und Daten von Helmut Creutz

D E R R A T !

Basisorgan eines föderativen Staatsaufbaues
oder
inkompetenter Erfüllungsgehilfe zentralistischer Macht?
=====

Überlegungen und Fragen zu seiner Wirkungsweise und die Verantwortung der Bürger für sich selbst, die Stadt und das Land angeregt durch den Besuch der Sitzung vom 3. Oktober 1990 des Rates der Stadt Neustadt a.Rbge.

von TRISTAN ABROMEIT

DIE STÄRKE EINES LANDES WÄCHST VON
UNTEN NACH OBEN UND NICHT VON OBEN
NACH UNTEN!

Kurt Biedenkopf CDU,
Ministerpräsident in spe
in "Report" am 11. 10. 1990

Karl Marx, der falsche Antworten gegeben, aber richtige Fragen gestellt habe, bleibe aktuell. Es könne nicht angehen, daß sich die reichen Industrieländer - also auch das unsere - von denen in der Dritten Welt abschotten wie vor 150 Jahren die 'Manchester-Kapitalisten und Ruhrbarone' von den sozialen Nöten der Arbeiter. 'Wenn wir diese Fehler wiederholen, wird uns die soziale Revolution in Gestalt der Völkerwanderungen überrollen', warnt

Heiner Geisler

("Zu Gast in Hannover: Der Ex-CDU-General"
HAZ, 14.11.'90)1)

Die Schlußfragen am Anfang

Können freie Bürgerforen oder "Runde Tische" helfen:

- unsere Zuschauerdemokratie zu überwinden?
- die Föderalisierung oder die Dezentralisierung der Gesellschaft und des Staates voranzutreiben?
- die demokratische Legitimation der vereinten deutschen Republiken und des neuen Europas zu vertiefen bzw. zu erneuern?

Einleitung

=====

Eine Theateraufführung kann man vielleicht als gelungen bezeichnen, wenn beim Publikum Betroffenheit, Nachdenklichkeit oder Freude ausgelöst wurde. Wann ist aber eine Ratssitzung gelungen? Z.B. wenn die Tagesordnungspunkte möglichst rasch ohne "großes Palaver" abgehakt wurden oder wenn eine Mehrheitsfraktion geschlossen wie ein Mann, ohne mit der Wimper zu zucken, zeigt, wer das Sagen im Rat hat? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß ich die Ratssitzung in Neustadt am Rübenberge vom 4. Oktober 1990, in der der "Handlungsrahmen für kommunale Friedensarbeit", der als Bürgerantrag der Friedensinitiative auf der Tagesordnung stand und abschlägig beschieden wurde, wie ein Lehrstück empfunden habe, das den Titel tragen könnte: "Die Unfähigkeit der politischen Parteien zur Fortentwicklung der Freiheit, des Friedens und der Demokratie in unserer Gesellschaft" oder "Die politische Selbstkastration des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge."

Wer nun aber erwartet oder meint, daß in diesem Stück die Rollen der Guten und der Bösen fein säuberlich nach Parteizugehörigkeit getrennt und verteilt waren, der ist meines Erachtens auf dem Holzweg, er hat noch nicht gelernt, hin und wieder seine Parteilbrille abzusetzen oder ohne auszukommen. Die Ausgangslage ist komplizierter.

Am 18. 10. 1989 hat der Astrophysiker Peter Kafka in der Stadtbibliothek Neustadt aus seinem Buch "Das Grundgesetz vom Aufstieg - Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt" gelesen. In der Einleitung seines Buches schreibt er: "Meist werde ich nicht der Herkunft meiner Gedanken und Formulierungen nachgehen. ... Das als Nachweis von Wissenschaftlichkeit geltende Zitieren von Quellen ist ohnehin eine Farce - dann nämlich, wenn es sich nur um Meinungen handelt, die eine eigene Meinung stützen sollen." Kafka führt das noch weiter aus. Auch ich teile die Ansicht, daß ein Gedanke nicht deshalb wahr ist, weil er zitiert wurde. Auch anerkannte Autoritäten können uns die Prüfung des gesprochenen und geschriebenen Wortes nicht abnehmen. Und trotzdem scheint es mir sinnvoll darauf hinzuweisen, wenn eigene Gedanken schon von anderen Menschen an anderen Orten zu anderen Zeiten beschrieben wurden, denn dies sind schon wieder Informationen, die als Bausteine für neue Gedankengebäude dienen können. Die Nennung von anderen Autoren kann die Bereitschaft des Lesers zur Aufnahme neuer Gedanken und Informationen sowohl aufschließen wie blockieren. Das Zitieren ist also: 1. kein Beweis für Wissenschaftlichkeit, 2. bringt aber Zusatzinformationen, 3. bezüglich der Aufnahmebereitschaft des Lesers risikoreich.

Politische Verhaltens- und Bewertungsmuster

Der Konservative, der Progressive, der Liberale oder der "Extremist" wird in der Regel seine politische Haltung, Zielsetzung und Wertung jeweils als die natürliche oder notwendige ansehen und den jeweils Andersdenkenden als eine Art Verwirrten oder schlimmeres betrachten. Selten ist den Menschen dieser verschiedenen Positionen bewußt, daß sie nur unterschiedliche Aspekte ein und derselben Sache beschreiben und die Auswertung aller Ansichten vielleicht erst eine Annäherung an die Wahrheit (Wahrheit hier im Sinne von sachlich richtig) ermöglicht. Wenn dem so ist, dann ist es der jeweiligen Wahrheitsfindung abträglich, wenn in parlamentarischen Gremien einzelne dieser Positionen unter-, über-, fehl- oder gar nicht besetzt sind.

Wo eine Position ausschließlich bei der politischen Willensbildung dominiert, da stellt sich nicht nur Terror ein, sondern auch Ineffizienz. Die SED-DDR ist dafür ein Beispiel. Aber dort, wo der Wettbewerb der verschiedenen politischen Positionen (oft identisch mit den Parteien) zu einem Parteien-Machtkartell verkommt, da sind keine echten Lösungen, kein Finden neuer Wege mehr möglich, da bewegt sich nur noch etwas über den (meist faulen) Kompromiß, der vielleicht ein Problem löst, aber 10 neue schafft, oder es findet ein Tausch von politischen Kröten statt, die die Kontrahenten jeweils schlucken müssen, um eine vermeintlich oder tatsächlich wichtige Sache durchzusetzen. Mit dieser Beschreibung halte ich die BRD zutreffend charakterisiert.

Die Inhalte der Begriffe "konservativ" oder "progressiv" sind weder weltweit noch innerhalb eines Landes identisch. Z.B. wollen der Konservative in der BRD und in der Sowjetunion sehr Unterschiedliches, vielleicht sogar Entgegengesetztes. Sie halten das Gegebene von heute oder das glorifizierte Verlorene für das Normale. Offensichtliche Mängel werden verdrängt oder bagatellisiert. In einer Zeit, als hier noch Progressive davon träumten, es ließe sich ein Staatssozialismus installieren, der besser sei als jene realexistierende hinter dem (Ex-)Eisernen Vorhang, träumten Progressive in den Ostblockländern vom Wettbewerb, vom Markt und Privateigentum. Auch ist es selten so, daß ein Mensch durch und durch konservativ oder progressiv ist. Beispiel: Es ist noch nicht lange her, da erwarb sich die eher konservative ländliche Wählerschaft eine Spanplattenwohnkultur und die eher progressiven Wähler wurden zum Pfleger und Bewahrer mancher alten Möbel aus der guten Bauernstube, die auf den Sperrmüll gestellt oder verramscht wurden.

Es ist auch gut so, daß nicht alles realisiert wird, was den Progressiven einfällt, die dazu neigen, das Vorhandene unterzubewerten. Daß Neu und Alt sich aneinander reiben und sich behaupten müssen, hat die Doppelaufgabe, gesellschaftliche Erstarrung und gesellschaftliche Purzelbäume zu vermeiden.

So wie wir mühsam dabei sind zu lernen, daß all die verschiedenen Rassen und Völker Teile der einen Menschheit sind, so müssen wir auch lernen, verschiedene politische Haltungen und Sichtweisen als notwendige Teile eines

dauernden politischen Prozesses zu verstehen. Hier einen Teil der Wertungen und Haltungen ausmerzen zu wollen, bedeutet eine politische Selbstverstümmelung.

In betriebswirtschaftlichen Vorlesungen habe ich von der Notwendigkeit der Bremser und Treiber in Unternehmen gehört. Die Konservativen sind in der Politik vorwiegend die Bremser und die Progressiven die Treiber. Aber Bremser, die permanent auf der Bremse stehen, und Treiber, die ohne Rücksicht auf das Fußvolk treiben und ohne Überprüfung der erreichten Etappenziele, haben ihre Rollen nicht richtig verstanden.

Wir haben bei uns gelernt, zwischen Wert- und Strukturkonservatismus zu unterscheiden. Nicht selten ist es so, daß sich wert- und strukturkonservative Haltungen gegenseitig ausschließen. Um Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Frieden zu halten oder weltweit auszubauen, sind wir gezwungen, den weitverbreiteten Strukturkonservatismus abzubauen.

Die Rolle des Strukturkonservatismus ist bei uns in der Politik überbesetzt. Die Parteien CDU/CSU, SPD und auch die FDP sind in der Hauptsache Strukturkonservative, deren Inhalte nur in Nuancen abweichen. Die GRÜNEN sind ein fehlgelaufenes Experiment, bei dem die Vielfalt in einer organisatorischen Einheit probiert wurde mit eben dem Ziel, alte Werte durch Veränderung der Strukturen zu bewahren. Die liberale Grundlage dieses Experimentes, die mehr auf intuitivem Erfassen als auf einer ausgebauten Strategie und Theorie beruhte, konnte den neu hinzugekommenen Mitgliedern in der Aufbauphase gar nicht so schnell vermittelt werden. Besonders jene Mitglieder, die vorher in K-Gruppen ihre politische Heimat hatten, haben das Prinzip der Vielfalt in der Einheit nicht verstanden oder nicht aushalten können und ständig den Apparat gelähmt, mit dem sie Macht erreichen wollten, um "sozialistischen" Strukturkonservatismus durchzusetzen.. Ob mit den inzwischen vorgenommenen Kurskorrekturen der Schaden begrenzt oder rückgängig gemacht werden kann, wage ich nicht zu beurteilen. Das hängt auch mit der Frage zusammen, ob wir nicht überhaupt die Parteiendemokratie überwinden müssen, wenn wir die parlamentarische Demokratie retten wollen. Wenn DIE GRÜNEN trotz ihrer vermeidbaren Schwäche in der Politik inhaltlich Einfluß bekommen haben, dann, teils deshalb weil der Wettbewerb um die politische Macht noch in soweit funktioniert, als ein paar Prozentpunkte Verluste oder Gewinne bei den Wahlen mehr Einfluß auf die Inhalte der großen Parteien haben als viele kluge Reden und Bücher. Aber der politischen Einsicht ist es egal, wie sie zum Ziel kommt.

Die Mehrzahl der Wähler wie auch der Parteien haben einen Hang zur politischen Mitte. Dies kann man nicht verübeln, denn die Mitte verspricht Besonnen- und Ausgewogenheit. Wer sich für eine politische Extremposition entscheidet, begibt sich dagegen in der Regel auf einen dornenreichen Weg. Er muß Spott, Beschimpfung oder Schlimmeres ertragen. Auch wenn Extremgruppen ausgesprochene menschen- oder demokratiefeindliche Ziele haben sollten, geht nicht von ihnen die eigentliche politische Gefahr aus. Diese Gefahr lauert dort, wo sie nicht vermutet wird, nämlich in der politischen

Mitte, die zu leicht in eine gestaltungsunfähige politischen Mittelmäßigkeit absinkt. Gerade wenn man die Gefahr, die aus der Mitte kommt, bannen will, darf man politische Extrempositionen nicht durch Manipulationen aus den Parlamenten fernhalten. Die Gewinne von Extremgruppen in Form von wenigen Prozentpunkten bei den Wahlen, die sich in Parlamentsmandaten niederschlagen, wirken wie eine Peitsche, die die Mitte zur Leistung antreibt. Die Fünfprozentklausel bei der Wahl schützt die Demokratie nicht, sondern sie gefährdet sie.

Wer etwas intensiver in einer politischen Partei mitgearbeitet hat, weiß aus eigener Erfahrung, daß Parteien Kräfte- und Idealismusverschleißmaschinen sind. Es nützte sicher dem einen oder anderen Parteimitglied, das gerade auf einen Gegner aus einer anderen Partei eindrischt, sich dessen bewußt zu werden: sein Gegenüber ist ja ein Leidensgenosse, der Respekt, vielleicht sogar seine Zuneigung verdient hat.

Parteimitglieder erfahren nicht selten, daß ihnen von Nicht-Mitgliedern gesagt wird: "Ihr von der X-Partei seid doch dafür (oder dagegen), daß ... Hier liegt so ein Fall vor. Nun tut doch endlich was." Das Parteimitglied, das sich abstrampelt, um einigermaßen den Anforderungen an die Rolle des Parteimitgliedes gerecht zu werden, ärgert sich zu recht über eine solche Anspruchshaltung des Nur-Wählers oder Nicht-Wählers, der da so tut, als ob alle Parteimitglieder bezahlte Politiker wären und nicht bedenkt, daß neben möglichen Machtgelüsten, Eitelkeiten etc. eben auch Verantwortungsgefühle für das Gemeinwohl bei Parteimitgliedern ausgelebt werden. Auch wird häufig übersehen, daß politisches Engagement zu Lasten der Familien geht und mit Verzicht auf angenehme Hobbys verbunden ist.

Umgekehrt ärgern sich Bürger(innen) zu Recht über die Allzuständigkeit der Parteien in Sachen Politik, die keine Gestaltungsfreiräume mehr läßt für privates, privatrechtlich vereinbartes Handeln. Der Verdacht, daß der in der BRD eingeschlagene Weg letztendlich in einem totalitären Staat enden könnte und nicht durch Mitarbeit in einer Partei unterstützt werden sollte, besteht zu Recht.

Der Bürgerantrag und das Verhalten des Rates

Ich will hier nicht den Inhalt des Bürgerantrages "Handlungsrahmen für kommunale Friedensarbeit" referieren. Ich nehme an, daß eine Dokumentation von der Friedensinitiative Neustadt (Fritz-Blume-Weg 32, 3057 Neustadt 1) erworben werden kann. Es ist mir in diesem Zusammenhang auch nicht wichtig genug zu prüfen, wann und von wem der Bürgerantrag in die niedersächsische Kommunalverfassung aufgenommen wurde. Ich vermute, die FDP hat sich hier positiv hervorgetan. Mein Eindruck ist einfach der, daß die Freunde (ohne Anführungsstriche und ohne Ironie) von der CDU, also die Mehrheitsfraktion einfach deshalb schon bockig war, weil mit diesem ersten Bürgerantrag in Neustadt einer Partei die Grenzen ihrer Macht gezeigt wurde. Es ging ihr dann wohl letztlich auch gar nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Bürgerantrag, die ja durchaus eine Möglichkeit für die CDU bot, für sich politisch dabei etwas herauszuholen, sondern darum, zu demonstrieren, daß sie letztlich doch am längeren Hebel sitzt.

Gerhard Biederbeck, der Initiator dieses Bürgerantrages, hat eine gute Begründungsrede für den Bürgerantrag gehalten. Wo der Bürgerantrag vom Wandel in Deutschland und Europa inhaltlich scheinbar überholt wurde, wurde er in der Rede von ihm aktualisiert. Der Bürgerantrag und die Rede boten genug Inhalte, die zu prüfen es wert gewesen wären. Der Bürgerantrag wurde aber ohne Diskussion - wie vorher angekündigt - abgelehnt. Die Schlagzeile der "Leine-Zeitung" dazu: "Riesen-Koalition von CDU, FDP und SPD lehnt Bürgerantrag ab". Die "Neustädter Zeitung" schrieb: "Handlungsrahmen für kommunale Friedensarbeit scheiterte im Rat - CDU/FDP konsequent dagegen - SPD und Grüne kompromißbereit".

Aber mir geht es hier nicht um den Inhalt des Bürgerantrages, sondern um die Art wie der Rat mit politischen Inhalten und gesellschaftlichen Problemen umgeht. In einer Bürgerinformation des Rates, die im Konferenzsaal auslag, heißt es - wohl um einer Kritik vorzubeugen -: "Jeder Tagesordnungspunkt einer Ratssitzung wurde im Verwaltungsausschuß vorweg beraten und von dort eine Beschlußempfehlung gegeben. Bei vielen Themen waren vorher einer oder mehrere Ortsräte beteiligt, meist schloß sich im Meinungsbildungsverfahren eine umfassenden Beratung in den Fachausschüssen an. Bereits hier werden vielfach die Weichen gestellt, Meinungsverschiedenheiten diskutiert und Kompromisse geschlossen." Dieses klingt recht vernünftig. Und das wäre es auch, wenn die Meinungsbildungsgrenzen entlang den unterschiedlichen Erkenntnissen und Bewertungen der Ratsmitglieder und nicht entlang der Parteizugehörigkeit verlaufen würde. Auch Beschlußempfehlungen von Fachausschüssen, die sich ja vielleicht einen tieferen Einblick in die jeweilige Materie aufgrund ihrer Spezialisierung erarbeiten konnten, haben einen Sinn. Wenn aber die Beschlußempfehlung zu einem Beschlußdiktat wird, d. h. wenn heute schon gewiß ist, wie der Rat morgen abstimmt, dann ist der Rat überflüssig. Dann sollten wir nur noch Fachausschüsse wählen und deren Entscheidungen als kommunale Gesetze gelten lassen.

Formalrechtlich kennen wir keinen Fraktionszwang, und der

einzelne Mandatsträger ist unabhängig. Aber sozialpsychologisch verursachte Gruppenzwänge und die Macht der Parteien, die keine unabhängigen Köpfe in die Parlamente läßt, haben defacto ein neues Recht geschaffen. Dieses quasi zwangskollektive Verhalten von Ratsfraktionen ist aber - Biederbeck hat darauf in seiner Rede hingewiesen - freiheitsfeindlich.

Georg Jendritza, Fraktionschef der CDU, hat auch auf die Nichtkompetenz des Rates für verschiedene Anliegen des Bürgerantrages hingewiesen. Ich habe den Eindruck, daß die Nichtkompetenz des Rates gerne herangezogen wird, um die Mitglieder des Rates davor zu schützen, sich eigene Gedanken über die Menschen und Institutionen in unserem Staat machen zu müssen. Es ist durchaus sinnvoll, auf die Grenzen der Entscheidungskompetenz hinzuweisen. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß diese Grenzen nicht für alle Zeiten gelten können, sondern in einem demokratisch lebendigen Gemeinwesen immer neu definiert werden müssen. Unheilvoll ist es aber, wenn sich demokratische Gremien durch Akte der Selbstzensur inhaltliche Kompetenzgrenzen setzen.

Auch kann oder sollte sich ein Rat nicht daran hindern lassen ein Landes- oder Bundesgesetz zu kritisieren, wenn es unsinnig, ungerecht oder wenig praktikabel erscheint. Nach meinem Verständnis von einem demokratischen Gemeinwesen muß die Benennung von gesellschaftlichen Problemen und die Anmeldung von Klärungsbedarfe eben vorwiegend durch die Parlamente (und hier besonders in den Räten der Kommunen, weil sie im Regelfall viel dichter an den Problemherden dran sind als das Landes-, Bundes- oder Europaparlament) und erst in zweiter oder dritter Linie durch die Parteien, mit ihrem meist eingeschränkten Blickwinkel geschehen.

Der FDP-Ratsherr Heinz Pietzsch, der sich durchaus von seinem übergroßen Koalitionspartner in seiner Ablehnungsbegründung des Bürgerantrages abzusetzen wußte, fragte: "Trauen sie uns Ratsmitgliedern so wenig Einsicht und guten Willen zu, daß wir nicht auch selbst bei uns in der Stadt für Frieden sorgen können? Brauchen wir dafür eine neue Institution - vielleicht einen Friedensbeauftragten, der vor jeder kommunalen Aufgabe die Entscheidung auf ihre Friedensverträglichkeit überprüfen sollte?" (Hier zitiert nach der NZ v.10.10.'90)

Mein persönlicher Eindruck der Pietzschschen Auslassungen war, daß er noch mehr Einschränkungen der Ratsmitglieder in der Ratsarbeit durch eine Annahme des Handlungsrahmens für kommunale Friedensarbeit befürchtete, als er sie vielleicht schon bisher sehen mußte. Ich denke, dies war nicht die Intention des gescheiterten Bürgerantrages. Eine mögliche Klärung wurde in der Ratssitzung versäumt.

Man kann durchaus darüber streiten, ob es sinnvoll ist, eine kommunal beeinflusste Friedenspädagogik zu organisieren, allein schon wegen der Schwierigkeit, eine solche Pädagogik zu beschreiben (z.B. der nichterfüllte Wunsch von Kindern nach Kriegsspielzeug kann in der Begeisterung für Militärtechnik beim Manne wieder auftauchen); außerdem muß den Staaten überhaupt das Recht genommen werden, irgendeine Pädagogik zu propagieren oder anzuordnen. Viel Leid und Unterdrückung bei den Völkern dieser Erde in Vergangenheit

und Gegenwart haben nämlich damit zu tun, daß der Staat sich Einflußnahmen auf Menschen anmaßt, die ihm funktional und ethisch nicht zustehen. Aber auch das sind Probleme, die für einen freien Rat in einer freien Stadt in einem freien Land nicht tabu sein dürfen.

Aber warum nicht ein(e) kommunale(r) Friedensbeauftragte(r) neben einer Frauenbeauftragten, einem Umweltbeauftragten und einem Wirtschaftsbeauftragten (Wirtschaftsförderer), wenn sein Tätigkeitsfeld klar beschrieben werden kann und eine Finanzierung möglich ist. Soweit ich sehe, haben die anderen Berater auch nur ein Beratungs-, kein Vetorecht. Und sich beraten oder auch vor problematischen Entscheidungen warnen lassen, sollte ein Rat doch immer. Die Verwaltungsmitglieder unter Führung des Stadtdirektors sind in der Ratssitzung ja auch nicht nur Berater, sondern auch Aufpasser. Es gibt auch Beobachter der Kommunalpolitik, welche die Stadt- und Gemeindedirektoren und ihre Dezernenten für die Regisseure der Kommunalparlamente halten. Ihre Aufgabe sei es, den Räten die Legitimation für ihr Handeln abzuluchen. (Auf das Problem, daß der Entscheidungsspielraum der Räte immer mehr schrumpft, gehe ich später ein.)

Der Gute Wille allein kann aber den Bürger- und Völkerfrieden nicht sichern; hinzukommen muß die vorausschauende Analyse, die gewaltträchtige Konfliktfelder rechtzeitig erkennt und durch Veränderung von Strukturen und Verhaltensweisen entschärft.

Die Verteidigung von Rechten, die nicht auf Privilegien beruhen, und von Leben ist ein legitimes Recht der Menschen. Dies schließt aber Fragen nach der vernünftigsten und humansten Verteidigung nicht aus. Welche Verteidigung hat welche Auswirkungen auf die Ökonomie, die Ökologie und auf die Werte wie Freiheit und Nächstenliebe? Welche Verteidigung bedroht oder schützt wen? Welche Verteidigung bereichert oder belastet wen?

Auch ökonomisch vorausschauend muß sich der Rat auf die Möglichkeit einlassen, daß aufgrund der veränderten politischen Wetterlage die Garnison in der Stadt geschlossen wird.

Der Friede in Europa ist möglich, aber noch nicht sicher geworden. Das Abschütteln alter Unterdrückungsstrukturen und die Umstellung der Ökonomie sind wie ein Pulverfaß, das durch eine wachsende Unzufriedenheit gezündet werden kann. In den Nachrichten wird bereits von Bürgerkriegsstimmung in Jugoslawien gesprochen. Eine sich überschlagende Vereinigungspolitik läßt in der ehemaligen DDR Alt- und Neueigentümer (bzw. Nutzer) aufeinanderprallen. Bürgerkriegsähnliche Zustände werden von Betroffenen befürchtet ("Kennzeichen D" 17. 10. 90).²⁾ Auch müssen wir darauf einstellen, daß der Bürgerfrieden durch den Zuzug von Menschen aus der Fremde und durch den zunehmenden ökonomischen Verteilungsdruck von unten nach oben gefährdet ist. Unseren sozialen und ökonomischen Strukturen fehlen kybernetische Steuerungselemente, die bei Wanderungsbewegungen größeren Umfangs automatisch einen Interessenausgleich einleiten und die leistungswidrigen Verzerrungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung ebenso ohne großes Palaver und ohne Rücksicht auf Sonderinteressen entgegenwirken.

Der Konflikt am Golf zeigt deutlich, daß die militärische Verteidigung - die von der Keule bis zu den ABC-Waffen entwickelt wurde - immer mehr zu einem Glücksspiel auf Leben und Tod für Millionen von Menschen wird. Gerade auch bei solchen gesellschaftlichen Großkonflikten mit weltweiten Auswirkungen ist es eine beschämende Kapitulation des menschlichen Geistes, wenn er ohne Widerspruch und ohne Suche nach Auswegen zuläßt, daß die Spannungen in dieser Welt nach atavistischen Mustern nicht einmal gelöst, sondern nur verlagert werden. Im Grunde ist es so, daß vor Ort und anderswo im Golfkonflikt die Menschen sich - wie meistens in der Geschichte - gegen ihre eigenen Lebensinteressen einsetzen lassen. Einmal unterlegt man den Menschen geschickt religiöse Motive,³⁾ damit sie bereit sind zu töten oder sich töten zu lassen; ein andermal sind es nationalistische. Und heute wird gesagt, die Freiheit und die Unabhängigkeit kleiner Staaten müßte geschützt werden und einem gefährlichen Diktator müßten rechtzeitig (und nicht wie bei Hitler so spät) Grenzen gesetzt werden. An solchen Motivierungen ist immer etwas dran, sonst würden sie nicht greifen. Aber hier liegen nicht die eigentlichen Gründe. Die UNO wird heute gefeiert, weil sie zu einhelligen Beschlüssen gegen den Irak in der Lage ist. Läßt die Uno sich aber nicht mißbrauchen? Im Grunde genommen sollen die Menschen bereit sein, dafür zu sterben und zu zahlen, daß es keine Verschiebungen im Ölkartell gibt. Die große Völkergemeinschaft soll helfen, daß ihre (Öl-)Ausbeuter die gleichen bleiben. Es geht auf keinen Fall darum, ein sozialökonomisches Geschwür aus dem Körper der Völkergemeinschaft zu entfernen. Wenn dies der Fall wäre, dann müßte man doch wie folgt fragen: Wenn wir alle Kinder Gottes sind, die Erde unser aller Lehen und alle Menschen die gleichen Rechte haben sollen, wem gehören dann die Bodenschätze dieser Welt? Dieser Frage wird in der UNO, in der EG, im Bund, im Land und in der Gemeinde ausgewichen, weil eine konstruktive Möglichkeit einer weltweiten Neuordnung eines Teiles unserer Ökonomie (mit positiven Auswirkungen auf die Ökologie) nicht gesehen wird, aber überdimensional Bedrohungen eigener Privilegien befürchtet werden.

Es ist eben nicht so, daß das Haus, das von den aktiven Bürger(innen), die die Stadt, das Land und die Bundesrepublik und Westeurpa nach dem Krieg mit aufgebaut und geprägt haben, gut bestellt wäre. Die nachfolgenden Enkel oder Erben, wissen zum Teil noch gar nicht, was auf sie zu kommt. Dies bedeutet aber nicht, daß die Lage hoffnungslos wäre. Hoffen dürfen wir aber nur, wenn wir uns zur Offenheit, zu unserem eigenen Glasnost durchringen.

Die Bewertung einer regionalen Friedensinitiative und Friedensforschung

Gerhard Biederbeck, der Initiator des Bürgerantrages, und ich haben eine gemeinsame, wenn auch zu verschiedenen Zeiten gemachte Erfahrung: Nämlich die Mitarbeit im ehemaligen Internationalen Freundschaftsheim Bückeberg.⁴⁾ Diese Begegnungsstätte, die von Pastor Wilhelm Mensching und Freunden unter anderem mit Unterstützung des britischen Militärs aufgebaut wurde, war eine Stätte der Friedensarbeit, wenn man so will ein Ort der Stärkung und Ausbildung für Pazifisten. Die Menschen, die die Initiative zu dieser Institution ergriffen hatten, galten damals, als Deutschland geteilt und zerstört war, aus der Sicht des Auslandes als die wenigen "guten Deutschen", weil sie sich dem NS-Regime entzogen oder entgegen gestellt hatten oder Verfolgten und Bedrückten im möglichen Rahmen Hilfe gewährt hatten. Diese Menschen selber verstanden sich aber nicht als die "Guten", sondern als Vermittler zwischen verfeindeten Menschen und Brückenbauer zu Menschen und Organisationen über den Eisernen Vorhang hinweg, auch in der Zeit des intensivsten politischen Antikommunismus. (Die sachliche Gegnerschaft gegen den Kommunismus, die damals wie heute berechtigt ist, hat in den 40 Jahren BRD zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle gespielt.)

Im Nachkriegsdeutschland hieß es Eulen nach Athen zu tragen, wenn man gegen Rüstung und Militär argumentierte. Die Städte, die besonders wegen ihrer Garnisonen bombardiert worden waren, wollten alles andere nur keine neue Kasernen. Wie bekannt ist, haben sich die Einstellungen sehr schnell wieder gewandelt. Die "guten Deutschen" von gestern waren sehr schnell die Spinner und Agenten des Osten von heute. Wie war diese Umwertung eigentlich möglich?

Ich denke, das Streben danach, sich und das Leben der Seinen gegen Gefahr und Bedrohung zu verteidigen, ist instinktiv bei allen Lebewesen angelegt. Die Lebensverteidigung durch Unterwerfung hatten die überlebenden Deutschen mit der Kapitulation gerade ausgeübt. Die Wirksamkeit der gewaltlosen Verteidigung (heute soziale Verteidigung genannt) als Alternative zur militärischen Verteidigung hatte man noch nicht genügend erlernt und ausprobiert.

Den Nachkriegspazifismus würde ich daher als eine vorübergehende Akzeptierung der Verteidigung durch die Flucht verstehen. Mit Abstand zum erlebten Schrecken wurde daher die traditionelle Verteidigung wieder vorstell- und zumutbar, denn nichts ist so stark wie Gewohnheit. Da spielt es auch fast keine Rolle mehr, daß heute (und vielleicht schon immer) die gewohnte militärische Verteidigung das zu zerstören droht oder tatsächlich zerstört, was sie zu verteidigen vor-gibt.

Jene Bundesbürger, die fortan die nichtmilitärische Verteidigung vorantreiben wollten, hatten schlechte politische Karten. Hinzu kommt, daß der Aufbau der Bundeswehr unzähligen Menschen eine Berufskarriere ermöglichte, Handwerkern und Händlern Umsätze und Kommunen, die aufs Militär setzten, zusätzliche Einnahmen erschlossen. Und da letztlich doch für

99% der Menschen das Brot vor dem Idealismus kommt, wurde der verbreitete Nachkriegspazifismus im psychologischen Sinne einfach wegrationalisiert. Konnte man etwa mit Pazifismus sein Brot verdienen? Wenn es in den 50ziger bis 70ger Jahren in der BRD vielleicht 50 Menschen gegeben hat, die etwa sagen konnten, sie seien hauptberufliche Pazifisten, dann ist das sicher maßlos überschätzt.

Militärfragen sind aber selten reine Verteidigungsangelegenheiten. Es ist eine alte Einsicht, daß interne Spannungen eines Staates (wenigstens zeitweise) dadurch in den Griff zu bekommen sind, daß ein äußerer Feind ausgemacht oder aufgebaut wird. Die Staaten ermöglichen den Rüstungsproduzenten eine überdurchschnittliche Rendite. Jene, die in die Rüstung investieren, sind wiederum in der Lage, im Wahlvolk die nötige Stimmung zu produzieren, die erforderlich ist, um steigende oder gleichhohe staatliche Ausgaben für die Rüstung politisch durchsetzen zu können.

Auch sah die Politik - egal ob von CDU oder SPD getragen - die Notwendigkeit, die Rüstung als Stimulanzmittel für die Konjunktur einzusetzen. Außerdem besteht in der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft einige Jahre nach dem Start seit des jeweils letzten Zusammenbruches ein Bedarf an Kapitalvernichtung, damit die Rendite des verbleibenden Kapitals nicht in den Keller rutscht. Kriege und Rüstungsvernichtung durch technische Veralterung sind eine Möglichkeit, das Kapital knapp zu halten.

Wenn in einer solchen Situation, wo Wahrheit und Lüge, Ursache und Wirkung fast nicht auseinanderzuhalten sind, wo quasi keine öffentliche Mittel in die Friedensforschung und in die Erforschung und den Ausbau der gewaltlosen Verteidigung geflossen sind, wäre es angebracht, ein Engagement der Friedensforscher und Friedensarbeiter, wie es Gerhard Biederbeck einer ist, mit einer materiell unterfütterten Preisverleihung auszuzeichnen. Auch braucht ein konventionelles militärisches Verteidigungsmodell die Herausforderung durch pazifistische Modelle, damit der nötige Optimierungsdruck für den Auftrag, Sicherheit zu produzieren, erhalten bleibt.

Wenn die "Biederbecks" ihre spezifische Friedensarbeit nicht freiwillig und unentgeltlich übernehmen würden, müßte der Staat - wenn seine Vertreter klug handeln würden - Stellen für solche - die militärische Verteidigung herausfordernde - Friedensarbeit ausloben.

Ich möchte aber auch noch auf strategische Fehler vieler pazifistisch orientierter Menschen hinweisen. Es war durchaus in der Friedensbewegung ein Gespür dafür vorhanden, daß von der Ökonomie eine ständige Bedrohung des Friedens ausgeht. In den westlichen Ländern war dies Bedrohungspotential aus der Ökonomie viel leichter auszumachen als in den ehemaligen Sozialistischen Ländern.

Da man nicht zu unterscheiden gelernt hatte zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus und da für viele kopfbetonte Menschen eine Zentraltverwaltungswirtschaft leichter verstehbar ist als eine Marktwirtschaft (was damit zu tun haben muß, daß sich vernetztes oder prozeßhaftes Denken noch nicht gegen das lineare Denken durchgesetzt hatte), glaubte man,

im Interesse des Friedens die Wirtschaftsform abschaffen zu müssen, die real den größeren Wohlstand und die größere Freiheit bot. Daß dabei eine begeisterte Zustimmung der Massen ausblieb, ist kein Wunder.

Die innere Logik einer Zentralverwaltungswirtschaft (auch in der Form des demokratischen Zentralismus), die nur Terror oder Friedhofsruhe sein kann, wird auch heute noch von vielen Menschen nicht begriffen.

Auch will man häufig in pazifistischen und linken Kreisen nicht zur Kenntnis nehmen, daß menschliche Aggressionen ein naturgegebener Trieb, ein Antrieb zum Handeln, sind. Ich nehme an, daß man immer noch nach Methoden sucht, wie die Aggressionen wegzuerziehen sind, anstatt zu begreifen, daß der Wettbewerb (die Kehrseite der Medaille Freiheit) in Ökonomie, Kunst, Wissenschaft und Sport die beste Möglichkeit bietet, die sich ständig erneuernde Antriebskraft "Aggression" sozialverträglich und friedlich auszuleben.

Ich halte den Menschen nicht für eine Fehlschöpfung. Solange wir Menschen kriegerisch sind, haben wir die unserer Natur und unserem Entwicklungsstand gemäßen Friedensordnung noch nicht gefunden.

Die Ratlosigkeit des Rates in Sachen Moor
- Ökologie- und Ökonomieprobleme

Auf allen Wandel im Bewußtsein und in den Werten der Bürger - wie z.B. bezüglich der Ökologie - kann die Verwaltung und der Rat nur mit Verzögerung reagieren, wenn Planungs- und Satzungsverfahren eingeleitet werden müssen. Zusätzliche Verzögerungen gibt es, wenn der Wille und die Einsicht der Bürger(innen) jenen der Ratsmitglieder und Verwaltungsbeamten voraus eilt. Blockiert ist der Rat, wenn Landes- oder Bundesrecht einem noch so gut begründetem Satzungsentwurf entgegen stehen.

Hätte sich das Ökologiebewußtsein - das wir heute haben, das von Bürgerinitiativen und den GRÜNEN verbreitet und von den anderen Parteien inzwischen adaptiert wurde - nicht nur bei den Pionieren des Umweltschutzes um ein paar Jahrzehnte früher entwickelt, dann wäre die Erhaltung des Moores am Steinhuder Meer heute kein Thema, sondern Tatsache. Wenn wir Menschen unnötig und zum eigenen Schaden zerstören, geschieht das am wenigsten aus Böswilligkeit, sondern meistens aus Irrtum oder Gedankenlosigkeit. Erst durch Schaden werden wir klug - jedenfalls manchmal.

In einer solchen Situation ist es nicht reaktionär, wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende darauf hinweist, daß der Rat gegen den Abbau des Moores keine Handhabe habe, weil er die privaten Eigentums- und Abbaurechte nur durch Kauf aushebeln könnte, wozu die Stadt aber finanziell nicht in der Lage sei. (Oder kam dieser Hinweis vom Ratsherrn Löffler (SPD)?)

Auch ist es ein wichtiger Hinweis des Ratsherrn von Desien (CDU), daß der Rückbau einer nicht genehmigten Baumaßnahme nicht gefordert werden kann, wenn materiellrechtlich ein Anspruch auf eine Baugenehmigung besteht, sondern nur die Durchsetzung des Baustopps bis zur Genehmigung rechtens ist.

Aber es ist trotzdem ein Unterschied, ob solche Tatbestände bedauernd oder frohlockend, rechtfertigend vorgetragen werden. Ich konnte nicht heraushören, wie sie gemeint waren. Fast muß man annehmen, die CDU-Fraktion war froh, mit dem geltenden Recht die Interessen des Unternehmers Aurens verteidigen zu können und nicht den Erhalt des Restmoores. Wie soll man denn sonst verstehen, daß die CDU folgenden Antrag der Ratsherrn

Stichweh und und Strege (GRÜNE) nicht zustimmte? Der Antrag lautete:

"Der Rat möge beschließen, die Verwaltung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die den Rückbau der illegal eingeleiteten Baumaßnahmen zum Ziel haben."

Da nach diesem Antrag die Stadt nur aufgefordert werden sollte, das zu tun, was legal möglich ist, wäre durchaus eine einhellige Zustimmung möglich gewesen. Der Beschluß hätte einen Apellcharakter gehabt, der eine indirekte moralische Verurteilung des Unternehmers Aurens gewesen wäre. In der Logik der Ablehnung des Antrages liegt aber zu fragen:

1. Befürchtete die Mehrheit des Rates, die Verwaltung könne doch noch einen Weg finden, um den Antrag inhaltlich zu fol-

gen?

2. Kann es sich die Stadt wegen der dauernden finanziellen Misere und dem öffentlichen Druck, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, nicht erlauben, Unternehmen von der Größenordnung der ASB zu verärgern?

3. Sind maßgebliche Vertreter der CDU-Fraktion geschäftlich oder freundschaftlich dem Unternehmer Aurenz verpflichtet, ohne daß die Gesamtfraktion dies durchblickt?

4. Ist es Gruppennorm dieser Fraktion, grundsätzlich entgegengesetzt den politischen Konkurrenten oder Kontrahenten zu entscheiden?

Nebenbei bemerkt: Mit Moralin kann man die Probleme nicht lösen. Unser Verhalten wird stark von der jeweiligen sozialen Rolle geprägt, die wir gerade innehaben. Eine Ethik, die uns rollenübergreifend bindet, ist nur schwach ausgebildet. So kommt es, daß wir als Fußgänger und Radfahrer (vielleicht schon auf dem Wege zum Auto) die Autofahrer wegen ihres rücksichtslosen Verhaltens beschimpfen; kaum sitzen wir aber hinter dem Steuer, läuft das Spiel umgekehrt. So kann es auch sein, daß aus einem jeweils guten Gewissen heraus nicht nur die verantwortlichen Menschen, die den Moorabbau vornehmen lassen, aus der Sicht der Naturschützer oder gar der Verwaltung rücksichtslos und ein Ärgernis sind; sondern umgekehrt auch aus der Sicht des Unternehmens der Vorwurf der "Hysterie" vorgetragen werden kann.

Warum eine Straße, die durch das Moor führt und die jährlich 250.000 DM an Unterhaltungskosten verursacht, nicht aus ökologischer, ökonomischer, bau- und sicherheitstechnischer Sicht im Rat erörtert werden soll, nur weil sie eine Kreisstraße ist, ist auch nicht ganz einleuchtend. Auch wenn der Landkreis für die Unterhaltung dieser Straße zuständig ist, betroffen sind mehrfach die Bürger der Stadt und das Moor. So wie einzelne Bürger Anfragen an den Kreistag stellen können, so kann es auch der Rat mit höherem Nachdruck. Die seit Jahrzehnten hohen Reparaturkosten und die aus ökologischer Sicht unerwünschte ständige Verdichtung des Untergrundes zeigen doch, daß die zuständige Verwaltung und der Kreistag nicht von allein auf die Sprünge kommen.

So wie die Kriege zwischen den Menschen, so haben auch die Kriege des Menschen gegen die Natur in der Geschichte und Gegenwart im wesentlichen ökonomische Ursachen. Das ökologische Anliegen ist zum Scheitern verurteilt, wenn die eiternden ökonomischen Probleme nicht von der Wurzel aufwärts entfernt werden. Zum einen gilt es, eine Vollbeschäftigung ohne Wachstumsdruck und ohne destruktive Investitionen (nicht nur bei uns) zu erreichen, was möglich ist. Zum anderen führt kein Weg an einem neuen - den ökologischen, marktwirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen gerecht werdenden Bodenrecht vorbei. Anregungen dazu gibt uns die Bibel, das germanische Bodenrecht, restliche matriarchalische Bodenrechte in Afrika, die Arbeiten der Bodenrechtsreformer vom Beginn des ablaufenden Jahrhunderts, aber auch die Grundlagenarbeiten aus den vierziger Jahren für die Einführung der Marktwirtschaft im westlichen Nachkriegsdeutschland. Wenn man sucht, wird man in den Veröffentlichungen der "Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" bestimmt fündig. Vergessen oder verdrängt wird immer wieder, daß Konrad Adenauer vor seiner Kanzlerschaft auch noch zu den Bodenrechtsreformern gehörte.

Der Artikel 15 des Grundgesetzes ist unter seiner Präsidentschaft im Parlamentarischen Rat in die Verfassung gekommen. Artikel 15 GG lautet:

"Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. ..." Ich denke, wir haben allen Grund zu prüfen, welche Bedeutung dieser Artikel heute für uns hat und ob er für eine neue Verfassung geändert werden müßte. Die "Produktionsmittel" können wir nach meiner Einsicht getrost streichen, weil sie einen ganz anderen Charakter als das Eigentum am Boden haben. (Mit der Überwindung des Geldkapitalismus setzt automatisch eine Dezentralisierung des Produktionskapitals ein, sofern er nicht Boden ist.)

Es gibt natürlich auch nichtökonomische Probleme bei der Bewertung und Durchsetzung ökologischer Belange. So notwendig es war, mit emotionaler Energie Umweltprobleme auf die Tagesordnung zu setzen, so notwendig ist es jetzt, mit Vernunft und Logik die Probleme zu lösen. Die Emotionalität muß bleiben, damit die Bewegung als politische Lokomotive unter Dampf bleibt. Dieser Dampf darf unsere Sinne aber nicht vernebeln und unser Denkvermögen nicht einschränken, sonst können wir das Ziel nicht erkennen und den Weg nicht finden.

Wenn wir ökologische Probleme nur aus betrieblicher Sicht (Landwirtschaft, Handwerk, Industrie) oder nur aus der Sicht des Bewohners einer Wohnung im Hochhaus betrachten, dann müssen wir mit einer verzerrenden Wahrnehmung rechnen. Also gilt es als erstes, sich darum zu bemühen, die gleiche Sache aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Wir müssen aber auch ein anderes Denken trainieren, also weg vom nur linearen Denken (mehr Gas geben - höhere Geschwindigkeit - schneller am Ziel) hin zum mehrdimensionalen Denken. Es gilt, die Wechselwirkungen und die Folgewirkungen unseres Tuns und der von uns eingesetzten Instrumente in der Gegenwart nicht nur punktuell, sondern auch räumlich und im Zeitablauf mit zu erfassen.

Es hilft uns aber auch nicht weiter, wenn wir einer Naturromantik anheimfallen, die den Blick für die Realitäten verschließt. Tatsache ist, daß der Mensch von Anfang an in die Natur eingegriffen hat. Er steht ja auch nicht außerhalb der Natur, sondern ist ein Teil von ihr. Er hat gegenüber anderen Lebewesen nur die Sonderstellung, die darin besteht, daß er seine Eingriffe in die Natur planen und reflektieren kann. Er kann Werkzeuge bauen, die seine natürlichen Einwirkungskräfte ins Unermeßliche vervielfachen. Er war aber auch dem Irrtum unterlegen, er könne mit diesen künstlichen Kräften beliebig und ohne Schaden für sich und die Gesamtnatur in die Umwelt eingreifen. Es ist noch nicht lange her, da hat man es einfach als einen Irrtum der Natur angesehen, daß sich ein Bach durch die Landschaft schlängelte und seine Begradigung als notwendige Korrektur angesehen.

Aber machen wir uns nichts vor: Bei uns gibt es keine von Menschen unberührte Natur mehr. Es wird in Deutschland keinen Quadratmeter Boden geben, der nicht im Laufe der Geschichte mehrmals umgegraben und verändert wurde.

17
Wenn z.B. Umweltschützer gegen die Erweiterung des Mittel-
landkanals gekämpft haben, dann ging es nicht um den Erhalt
von ursprünglicher, sondern um den Erhalt einer in der
Vergangenheit veränderten Natur.

Ein anderes Beispiel: Ich bin in Barßel, einem Ort in der
Nähe von Leer, dem Hören nach der Heimat unserer
Stadtdirektors Felix Rohde, aufgewachsen. Die Flußlandschaft
meiner Kindertage war keine ursprüngliche und die von heute
ist nicht diejenige meiner Jugend.

Die angrenzenden Fehngebiete waren vor anderthalb Jahrhun-
dert noch unberührte, unpassierbare Moore. Sie wurden dann
Gebiete der inneren Kolonisation. Es galt der Spruch: Der
ersten Generation der Tod, der zweiten die Not und der drit-
ten das Brot. Berendjemina geborene Holter und Jann Ley,
meine Großeltern und deren Eltern waren solche Kolonisten
(Moorbauern und und Schiffer mit eigenem Schiff), die mit
der Hacke das Moor landwirtschaftlich nutzbar machten, die
Torf stachen und diesen, wenn er zu einem Heizmittel gewor-
den war, mit ihren Schiffen in die Städte, zu den Ziegeleien
und zu den Marschbauern brachten. Diese Moore, die zu Fehn-
landschaften wurden, konnte man immer noch als Natur empfin-
den. Diese abgeschiedene Natur hatte aber auch den Preis der
ökonomischen Randlage mit Arbeitslosigkeit und der
Notwendigkeit für den Menschen, in der Fremde sein Brot
verdienen zu müssen. Dem wurde entgegengesteuert mit der
verkehrsmäßigen Erschließung. Kanäle wurde zugeschüttet,
stattliche Eichenbäume, die für uns Jungen als tabu galten,
als sie noch Bäumchen waren, wurden abgeholzt. Die Eindrücke
waren dann: Schnelle Straßen, aber keine Natur mehr. Auch
dort Proteste. Planungs- und Ausführungskorrekturen. Ein Be-
such im Moor- und Fehnmuseum Elisabethfehn ermöglicht Ein-
blicke in Vorgänge, die hier nur angedeutet werden können.
Ich erzähle das, um im Hinblick auf das neustädtische Moor
nüchternes Denken anzumahnen und zu überlegen, was mit dem
ehemaligen Moor (es ist keins mehr) noch machbar ist. Gibt
es noch restliche Teile in einer annähernd ursprünglichen
Form, die durch den Aufkauf durch eine Bürgerstiftung, einen
Landesbodenfonds oder durch weitergehende Abbaukonzessionen
an anderer Stelle vor dem Abbau bewahrt werden können?. Wie
können die unwiederbringlich durch Abbau zerstörten Flächen
einer ökologisch orientierten Landschaftsgestaltung
zugeführt werden? Der verstorbene Unternehmer und
Computerpionier Heinz Nixdorf schrieb mir im Juni 1985, er
habe den (damaligen) Ministerpräsidenten Albrecht
vorgeschlagen, das Steinhuder Meer zu vergrößern. Dieses
erwähne ich, weil es manchmal nützlich ist, Denkblockaden
durch ungewöhnliche Vorschläge aufzuheben. Ein See mit
Feuchtgebieten scheint mir sinnvoller als ein Moor, das
keines mehr ist und auch nicht mehr werden kann. Wir können
für den Zeitraum von ein bis zwei Generationen Wälder planen
und anpflanzen. Wir können Schäden vermeiden, die noch nach
1000 Jahren Auswirkungen haben. Wir können aber nicht das
tausendjährige Wachsen eines Moores planen und gestalten.

Auch ist es erforderlich, den Menschen mit seinen komplexen
Bedürfnissen aus unseren ökologischen Überlegungen nicht
auszuschließen. Um die naturgegebene menschliche Aggressivi-
tät in einem dichtbesiedelten Raum nicht in Destruktivität
und Drogen abgleiten zu lassen, müssen wir für ihn, für uns

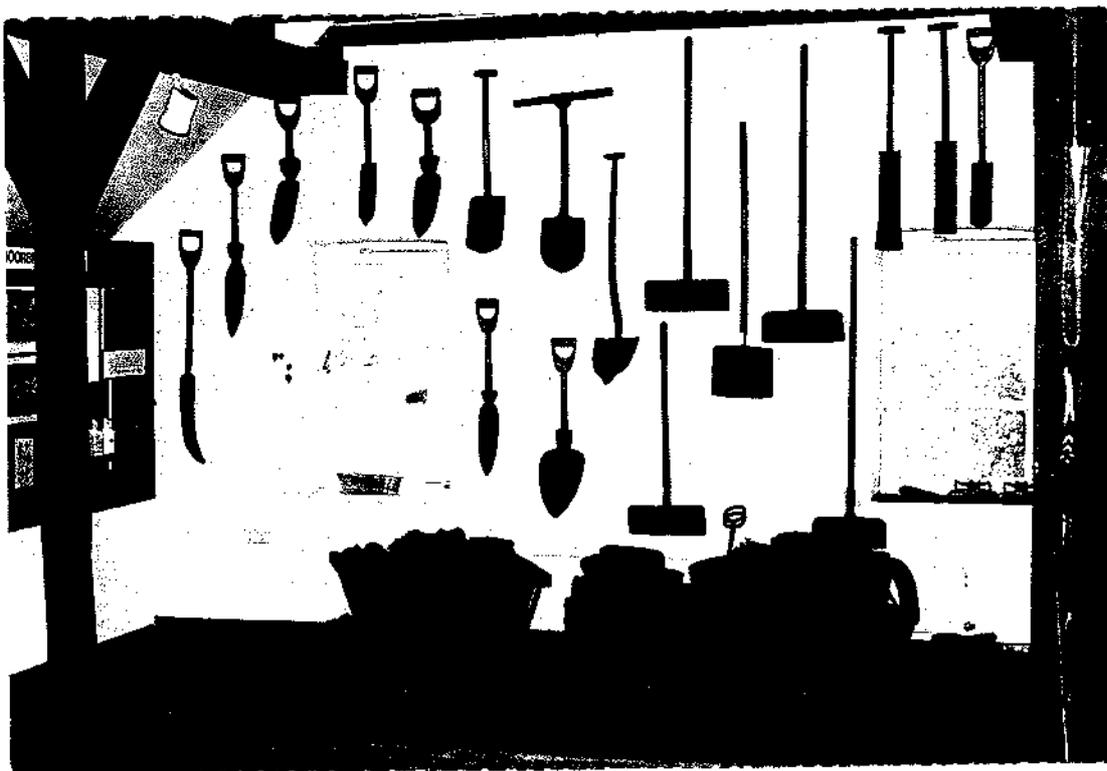
naturnahe Betätigungsfelder erhalten oder erschließen. Es werden hier die Verbindungslinien zwischen der Arbeit an der Ökologie, dem Frieden und der Ökonomie sichtbar.



MOOR und FEHNMUSEUM Elisabethfehn

Bild oben vom Verfasser / 1990

Bild unten: Postkarte, Generalanzeiger, 2953 Rhaderfehn



Ein Straßenbenennungsvorschlag konfrontiert uns mit der unbewältigten nationalsozialistischen Vergangenheit

Wie zu lesen war, hatte der Rat wohl vor, neu zu benennenden Straßen die Namen ehemaliger Bürgermeister zu geben. Der Ratsherr Reinhard Stichweh (DIE GRÜNEN) hat dann wohl darauf hingewiesen, daß der ehemalige Bürgermeister Walter Ohlendorf sich nach seinen Kenntnissen in der NS-Zeit in Schuld verstrickt hat. Konkret soll er 1933 für den Führer der SPD, Ernst Liesker und für weitere SPD-Mitglieder Schutzhaft beantragt haben. Kenntnisse von solchen Tatsachen und darausfolgende Bedenken, können Ratsmitgliedern nicht einfach unter dem Tisch fallen lassen. Die Fakten selbst wurden bereits 1983 in einer regionalgeschichtlichen Dokumentation über den Nationalsozialismus in Neustadt bekannt gemacht.

Dieser Vorgang um die Benennung einer Straße hat in mir aber folgende Fragen ausgelöst:

Sollten nicht die Menschen, die in den Straßen wohnen oder dort Eigentum erwerben, daß Recht erhalten, "ihre" Straße selber zu benennen, der Rat hingegen nur ein Einspruchsrecht aus sachlichen Gründen behalten?

Ist es nicht grundsätzlich problematisch, Wege, Straßen und Plätze mit Namen von Personen zu belegen? Entweder sagen die Namen den nachwachsenden Menschen gar nichts (da helfen auch keine Zusatzschilder mit biographischen Daten, wie man sie in manchen Städten findet), oder sie haben sehr unterschiedliche bis gegenteilige Ansichten über die geehrten Personen. Das gilt sogar für die Dichter Schiller und Goethe. Wenn einem keine Namen mehr aus Flora und Fauna einfallen, wenn nicht mehr an andere Orte oder Landschaften erinnert werden soll, wenn einem auch keine sachbezogene Namen wie Schul- oder Marktstraße zur Auswahl stehen, dann bleibt ja immer noch die Möglichkeit, die Straßen einfach durchzunummerieren wie dies vielfach in den USA geschieht.

Wenn man aber die Bürgermeister einer Stadt ehren will, dann ergeben sich neue Fragen:

Ist es gerechtfertigt, eine Geschichtszensur zu verhängen und einzelne Bürgermeister nicht zu erwähnen? Wer mißt eigentlich helden- oder schuldhaftes Verhalten der Bürgermeister, die in weniger problematischen Zeiten ihr Amt ausübten als der Bürgermeister Ohlendorf? Wäre es nicht besser, die Bürgermeister in einer "Geschichte der Stadt Neustadt am Rübenberge" zu ehren, ihre Leistungen und Missetaten durch Freunde, Gegner und "neutrale" Stadtgeschichtsschreiber auflisten zu lassen. Möglich wäre ja auch, einen Platz zu schaffen (z.B. im Schloßgarten), an dem Tafeln mit Kurzbiographien der Bürgermeister aufgestellt werden. Man könnte sich an alten friesischen Grabschriften orientieren, die manchmal in humorvoller Art auf das Leben des Verbliebenen hinweisen.

Der Vorgang um eine Straßenbenennung wird sicher nicht die letzte Begebenheit sein, bei der sichtbar wird, daß auch Neustadt eine nationalsozialistische Vergangenheit hatte. Die Frage ist, ob wir inzwischen in der Lage sind, die damalige Zeit unvoreingenommen aufzuarbeiten.

An der zusammengefallenen SED-DDR können wir ja gut feststellen, daß die schreckliche politische Vergangenheit auch ein Problem für die Menschen dort ist, daß aber die Bewältigung der Gegenwart absolut den Vorrang hat. Das galt auch für die Nachkriegsgeneration in den westlichen Besatzungszonen und der folgenden BRD.

Am allgemein menschlichen Verhalten können wir doch ermes- sen, wie schwer es ist, eigene Schuld zuzugeben und nicht wegzurationalisieren. Dies gilt im Straßen- und Geschäftsver- kehr, gegenüber den Tieren, die uns ausgeliefert sind, und auch in der Familie. Es ist auch so, daß man gerne akzep- tiert, einen bekannten Gewerkschaftler, einen tüchtigen Un- ternehmer, einen Dichter oder eine reiche Erbtante in der Familie zu haben. Wir tun uns aber schwer mit einem Dieb, Sittenstrolch oder gar "Normal"-Mörder. Schon wenn wir mit Verwandtschaft belastet sind, die zu einer sozialen oder politisch wenig angesehenen Minderheit zählt, üben wir uns meistens in Ab- und Ausgrenzung, um vermeintlichen oder tatsächlichen Schaden abzuwehren.

Da aber alles, was mit dem Nationalismus zusammenhing nach seinem Zusammenbruch als das alles übersteigende, absolut oder unbeschreibbar Böse definiert wurde, hatten aktive oder passive Nationalsozialisten und ihre Angehörigen bei durch- schnittlicher Charakterausformung gar keine andere Chance, als Schuld oder Zugehörigkeit zu leugnen, zu verdrängen oder vereinzelt in Selbstanklage zu verfallen.

Eine konstruktive Aufarbeitung der Schuld der Deutschen wurde meines Erachtens dadurch erschwert, daß die Schuld po- litisch instrumentalisiert wurde: 1. von den Siegermächten, um von eigener Schuld abzulenken und gefügige - und das wa- ren vor allem widerspruchslos zahlende - Schuldner zu bekom- men und zu erhalten. 2. von den BRD-Demokraten der Grün- dungszeit, die ja im Regelfall die Versager aus der Weimarer Republik waren und daher allen Grund hatten, ihre eigene Schuld am Aufstieg des Natioanlsozialismus zu vertuschen, 3. von der politischen, marxistisch orientierten Linken, die allen Grund hatte zu verdrängen, daß der realisierte Marxismus-Leninismus in der Form des Stalinismus durchaus im Wettbewerb des Bösen mit Nazis mithalten konnte.

(Siehe dazu in der Anlage "Die Uhr des Kommunismus ist abge- laufen", ein Artikel zu einem Manifest von Alexander So'sche- nizyn, das in einer Auflage von 22 Millionen in den UdSSR verteilt wurde. Ein Zitat daraus: "Siebzig Jahre lang haben wir uns hinter der sich blind gebärdenden und böartigen marx-leninschen Utopien hergeschleppt und dabei ein Drittel unserer Bevölkerung unter das Beil geliefert oder dem stüm- perhaft durchgeführten, sogar selbst vernichtenden 'vater- ländischen' Krieg geopfert."

Die nationalsozialistische Zeit aufarbeiten heißt aber auch, die Schuld der Eltern, nämlich der unfähigen Mutter, in der Gestalt der blinden demokratischen Blindenführer zwischen dem ersten Weltkrieg und der Machtübernahme durch die Nazis und des Vaters, in der Gestalt der böartigen, zerstörerischen nationalen und internationalen Ökonomie der damaligen Zeit mit zu untersuchen. Hitler ist nicht vom Himmel gefallen, er ist nicht durch eine Revolution, nicht

durch einen Volksentscheid und auch nicht durch eine Mehrheit der Stimmen in den Wahlen an die Macht gekommen. Ein politischer Freund, der als Jude selber im Konzentrationslager gelandet war, aber glücklicherweise nach kurzer Zeit nach Israel auswandern konnte und von dort zurück gekommen ist, weil er die Ungerechtigkeiten der Israelis gegenüber den Palästinensern⁵⁾ nicht mehr aushalten konnte, sagte mir sinngemäß: "Die Zeit war so, daß man sich nur noch für die Kommunisten oder Nationalsozialisten entscheiden konnte. Ich habe mich damals für die Kommunisten entschieden."

Ich habe in diesen Tagen in einem Bericht von SS-Hauptsturmführer Eichmann vom 4. November 1937 gelesen:

"Über die radikale deutsche Judenpolitik zeige man sich in national-jüdischen Kreisen sehr erfreut, weil damit der Bestand der jüdischen Bevölkerung in Palästina so vermehrt werde, dass in absehbarer Zeit mit einer Mehrheit der Juden gegenüber den Arabern in Palästina gerechnet werden könne."

Ich kann weder die Echtheit des Berichtes noch die richtige Beurteilung der damaligen Lage in Israel beurteilen, meine aber, daß wir bei der Beurteilung des Komplexes Holocaust nicht nur die in Deutschland wurzelnden Ursachen ideologiefrei neu sichten müssen, sondern auch jene Haltungen und Entscheidungen in anderen Ländern und im damaligen internationalen Beziehungsgeflecht, die das schreckliche Geschehen entweder indirekt gefördert oder nicht gemildert haben.

Es wurde mir ein Leserbrief aus der "New York City Tribune" vom 29. Nov. 1989 zugesandt (s. Anlage). Ein Pole, der im Auschwitz-Museum gearbeitet hat, meldet Zweifel an der Zahl der Opfer an. Es ist klar, daß solche Informationen eher von Menschen aus dem politisch rechten Spektrum weitergereicht werden als von solchem aus dem linken oder liberalen Lager. Auch wenn wir es als Zumutung empfinden, wenn wir solche Texte zugesandt oder in die Hand gedrückt bekommen: Wenn es um eine wirkliche Aufarbeitung der Nazi-Zeit geht, dann kommen wir Liberalen oder Linken nicht umhin, die tatsächlichen Fakten zu prüfen.

Wahrhaftigkeit in der Prüfung des Grauens ist erforderlich, damit das Grauen nicht insgesamt als Propagandalüge abgetan werden kann. In der Vergangenheit haben sich linke Kreise immer dagegen gewandt, deutschen Tod und Terror der Nazizeit ins Verhältnis zu den bösen Taten anderer Menschen in anderen Staaten in der Vergangenheit und der Gegenwart zu setzen, weil sie befürchteten, daß die Schuld dadurch im Sinne von Verharmlosung relativiert würde. Dies war meines Erachtens aber ein Argument zur Erhaltung des politischen Instrumentes "Schuld" und kein Beitrag zu ihrer Aufarbeitung.

Aufarbeitung setzt Begreifen voraus. Begreifen kann ich aber nur, wenn ich die Dinge zueinander ins Verhältnis setze. Groß oder klein, gut oder böse, häßlich oder schön sind nie aus sich heraus zu erfassen, sondern immer nur im Verhältnis zu etwas anderem. Und wenn wir die Schuld der Deutschen in der Vergangenheit, gewichtet mit der Bevölkerungszahl, der Größe des Landes und technischem Tötungspotenzial auf eine Skala des internationalen Grauens setzen, dann können wir sehen, daß wir nicht mit unseren Erbanlagen oder gesell-

schaftlichen Prägungen genetisch oder pädagogisch aus dem Ruder gelaufen sind. Es bleibt dann aber immer noch bedrückend, daß wir in der Geschichte zu den Spitzenreitern des Bösen gehören.

Eine solche Betrachtungsweise macht Schuld aber annehmbarer und fordert uns mehr auf, über die Zähmung des mordenden Ungeheuers Mensch - besonders wenn er ein Deutscher ist - nachzudenken, als wenn gesagt wird, nur der deutsche Mensch sei ein Teufel, und dann noch gedacht wird, er verberge im Moment nur seine Fratze. 6)

Ich will mit zwei Zitaten nochmals versuchen deutlich zu machen, daß eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus tiefer ansetzen muß als bisher.

Der Sozialökonom und Geldreformer Silvio Gesell, der seine theoretischen Erkenntnisse aus unternehmerischer Praxis gewonnen hat, hat 1918, also nach den Erfahrungen mit dem ersten Weltkrieg in einer Berliner Zeitung geschrieben:

"Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufes der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: 'Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.' Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein."

Die FAZ soll nach einer Abschrift unter dem Titel "Stimmen der Anderen" am 18. 9. '89 aus der britischen Zeitung "Sunday Correspondent" folgendes zitiert haben:

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

Die Provinz hat damals wahrscheinlich genauso wie heute nur auf das reagiert, was aus den Zentren der Macht auf sie zu kam, hat sich denkfaul oder gottergeben an das angepaßt oder dem unterworfen, was aus den Zentren der Macht kam, sich nicht selbst agierend dagegen gestemmt und hat dadurch die Macht der Zentren und ihre unheilwirkenden Kräfte gestärkt. Um neuen Entgleisungen der Provinz vorzubeugen, darf sie sich nicht selbstgefällig mit der Kirchturmpolitik begnügen. Städte und Gemeinden sollten sich einer um Verstehen und Klärung bemühte örtliche und regionale Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht verschließen, sondern diese durch Auslobung von Preisen ermuntern. Jene, die die Zeit aktiv miterlebt haben, sollten aus ihren Erfahrungen berichten, auch wenn sie aus heutiger Sicht schuldig geworden sind. Sobald Geschichte nur noch aus schriftlichen Dokumenten erschlossen werden kann, ist sie viel schwerer zugänglich, als wenn Zeitzeugen befragt werden können.

Eine Aufarbeitung unserer bösen Geschichte unter der politischen Flagge "Antifaschismus", der mehr aus eigener Verdrängung und Diffamierung besteht als aus wirklicher Aufklärung, kann nur gegen die eigene Zielsetzung wirken: a) indem er die Herzen der noch lebenden Schuldigen verschließt und b) indem er für neuen Zulauf bei den rechten Rand- und Extremgruppen sorgt.7)

Die Stadt und ihre finanziellen Leistungen
Oder: Das Thema Verschuldung

Das Teuflische bei der Spirale zunehmender staatlicher Leistungen ist, daß jede freiwillige und gesetzlich vorgeschriebene Leistung die Bürger unfähiger macht, ihre Bedürfnisse und Aktivitäten selber zu finanzieren. Je mehr staatliche Leistungen (egal ob vom Bund, vom Land oder von der Gemeinde), soviele mehr müssen die Bürger staatliche Leistungen fordern, denn der Staat kann keine Mark^{2,4/1971}, die er nicht vorher den Bürgern weggenommen oder vorenthalten hat. Die Bürger stellen dann bei beliebigen Vorhaben ganz berechtigt die Frage: "Gibt es hierfür öffentliche Finanzierungsmittel?" Es ist eine Spirale, an deren Ende eine allgemeine gesellschaftliche Lähmung steht.

Was vom Staat verteilt werden kann, ist weniger als das, was er den Bürgern wegnimmt, denn die Umverteilungs- und Verwaltungskosten mindern den Betrag, den er ausgeben kann. Werden die städtischen und staatlichen Haushalte kreditfinanziert, dann reduziert sich der ausgabefähige Betrag nochmals um die Zinsen, die der Bürger natürlich neben den Tilgungsleistungen aufzubringen hat.

Und wird z.B. das Vorhaben der Schulmittelfreiheit der Niedersächsischen Landesregierung - die gut gemeint ist, aber doch keine wirkliche Entlastung der Familien bringt - so realisiert, daß ein zentrales Einkaufs- und Verteilersystem dazu aufgebaut wird, dann wird damit das Schulssystem, das aus vordemokratischer Zeit stammt und nach dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft organisiert ist, komplimentiert, das Verteilungssystem Buchhandel würde gestört und neue Autoren und Verlage hätten es noch schwerer, ins Geschäft zu kommen.

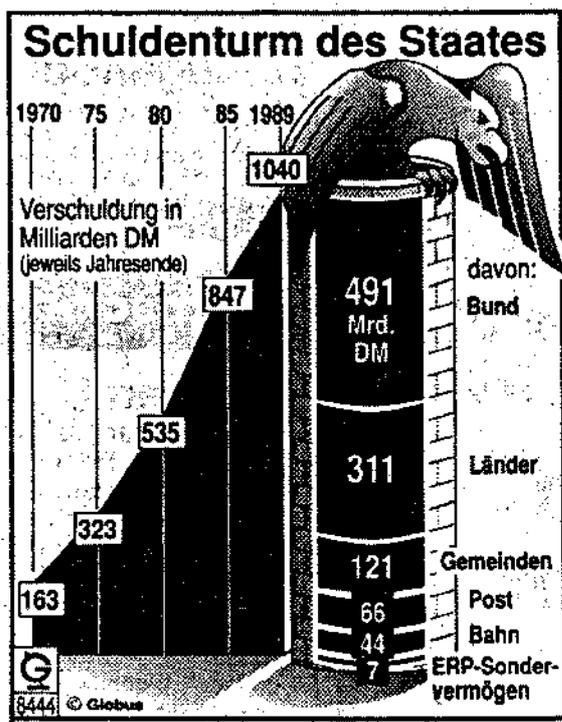
Es wird dagegen gehalten, daß der Staat durch seine Steuer- und Ausgabenpolitik die Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung ausgleiche, daß er positiv die Konjunktur beeinflusse oder gar steuere und daß er kollektiv Leistungen erbringe, die Einzelne oder Personenzusammenschlüsse privatrechtlich nicht erbringen können. Schaut man genau hin, so sind es bei der Einkommens-/Vermögensverteilung und bei der Konjunktursteuerung nur Wunschvorstellungen, die sich nicht erfüllen. Bei den staatlichen Kollektivleistungen bleiben bei genauerer Prüfung vielleicht nur Polizei, Militär, Währungsverwaltung und eingeschränkt das Straßenwesen übrig, die nicht von privatrechtlichen Kollektiven oder Gruppen besser selber erbracht werden könnten als vom Staat. Daran ändert sich auch nichts, wenn man die staatlichen Entscheidungen durch demokratischen Gremien treffen läßt. Es liegt in der Logik der Sache, je umfangreicher staatliches Handeln, desto mehr muß sich der Bürger der Fremdbestimmung beugen, desto weniger kann er selber bestimmen. Dies gilt auch, wenn die zu Recht immer mehr geforderten Volksentscheide eingeführt werden sollten.8)

9)

Diese Fragen nicht offen und in voller Tiefe zu diskutieren, ist eine Unterlassungssünde der politischen Parteien - auch der CDU, die ja manchmal so tut, als sei sie in dieser Beziehung aufgeklärt und guten Willens. Real versuchen alle

Parteien, die es können, ihrem Wählerklientel vorzugaukeln, etwas durch ihre Leistung zu bekommen, was ihm vorher oder nachher nicht in anderer Form weggenommen würde. Dies ist Roßtäuscherei, mit der versucht wird, Wähler zu binden oder neue zu gewinnen.

Wenn jetzt in den regionalen Zeitungen Schlagzeilen zu lesen sind, wie: "Sprengen hohe Personalkosten und Zinsen den Haushalt 1991?" oder "Haushaltsentwurf 1991 eingebracht: Jabusch zeichnet düsteres Bild - Neustadts Schulden wachsen bis 1994 auf 163 Millionen Mark", dann kann man nicht davon ausgehen, daß dieses Problem 1. durch ein paar Einsparungen und Umschichtungen zu lösen ist, 2. dieses Problem nur ein Neustädter Problem ist oder 3. nur für staatliche Haushalte gilt. Es ist vielmehr so, daß auch eine wachsende Verschuldung der Unternehmen und der privaten Haushalte festzustellen ist und das wiederum nicht nur national, sondern international, besonders bei den Entwicklungsländern, wie ja aus den Massenmedien zu entnehmen ist. Es erscheinen auch genügend Darstellungen zur zunehmenden staatlichen Verschuldung, wie die nachfolgenden Globus-Grafiken, die ich in der Zeitung "Nordwestdeutsches Handwerk" vom 13. 9. 1990 und in der HAZ vom 7. 11. 1990 fand.

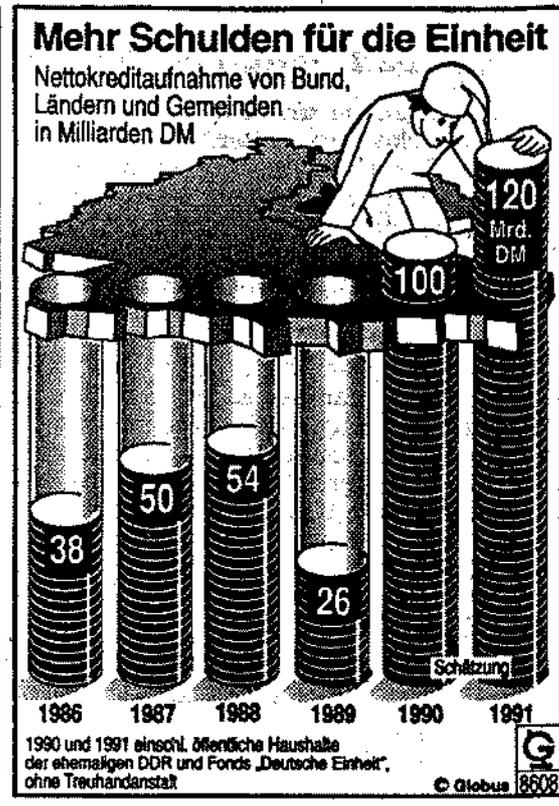


Der Staat ist ständig in Finanznöten. Die laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte reichen schon seit Jahren nicht aus, um die Ausgaben finanzieren zu können. Kredite müssen her, um die Löcher in den Kassen zu stopfen. Der Schuldenturm von Bund, Ländern, Gemeinden, Bahn, Post und ERP-Fonds hat inzwischen die Billionenhöhe erreicht; Ende 1989 standen die öffentlichen Haushalte mit 1 040 000 000 000 DM in der Kreide. Damit haben sich die Schulden in den letzten zwanzig Jahren mehr als versechsfacht. Größter Schuldner ist der Bund mit 491 Milliarden DM, gefolgt von den Ländern (311 Milliarden DM) und den Gemeinden (121 Milliarden DM).

Nordwestdeutsches Handwerk

NH

13. September 1990



Noch 1989 hatten die meisten Finanzminister und Kämmerer in der Bundesrepublik Grund, sich zufrieden zurückzulehnen: Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben betrug bei Bund, Ländern und Gemeinden zusammengenommen nur noch 26 Milliarden DM und war damit halb so hoch wie im Jahr zuvor. Das Jahr der deutschen Vereinigung brachte eine dramatische Wende. Vor allem wegen der Kosten der Einheit wird das Staatsdefizit 1990 auf schätzungsweise 100 Milliarden DM in die Höhe schnellen und im kommenden Jahr wahrscheinlich um weitere 20 Milliarden wachsen. Es kann jedoch keine Rede davon sein, daß so viel Geld nicht aufzutreiben wäre, und erst recht nicht davon, daß der Bankrott des Staates nahe sei. Ist doch die jährliche gesamtwirtschaftliche Ersparnis in Deutschland dreimal so hoch wie der staatliche Kreditbedarf.

MITTWOCH, 7. NOVEMBER 1990 ★

HANNOVERSCHER ALLGEMEINE ZEITUNG 5

In der Wahlkampfzeitung der SPD "Zeitung am Sonntag", die sich rühmt in einer Auflage von 20 Millionen zu erscheinen steht in der Ausgabe HL3.11.11.90 folgendes:

"WISSEN SIE, WIE VIELE NULLEN EINE BILLION HAT?"

1990 übersteigt die Staatsschuld erstmalig die Grenze einer Billion - auf über 1.000.000.000.000. ... Dieses uferlose Schuldenmachen hat verheerende wirtschafts- und sozialpolitische Folgen für das vereinte Deutschland:

- Weil für diesen Schuldenberg Jahr für Jahr über 100 Milliarden DM Zinsen gezahlt werden müssen, fehlt in Zukunft Geld für wichtige Aufgaben wie für den Umweltschutz, für Soziales, für wichtige Verkehrswege und die Förderung notwendiger Investitionen.

- Die ungehemmte Kreditaufnahme treibt die Zinsen in schwindelnde Höhen. Für private Investoren werden Kredite zu teuer. Investitionen in neue Arbeitsplätze unterbleiben.

- Auch für Bauherren, Mieter und Wohnungssuchende ist die Schmerzgrenze längst erreicht. Der Anstieg der Zinsen und in ihrer Folge die Explosion der Mieten verschärfen die Wohnungsnot. ..."

hatte. Kein Echo. Heute ist man auf seine Veröffentlichungen angewiesen, weil er in diesem Sommer verunglückt ist.

Am 23. Oktober wurde in den Nachrichten gemeldet, daß über eine Million Familien zahlungsunfähig wurden, daß sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppelt hat, allein Hamburg 50.000 Obdachlose zählt, Bremen Asylbewerber in fensterlosen Bunkern unterbringt, und in der Leinezeitung vom 23. 10. war zu lesen, daß die Stadtverwaltung Garbsen eine Schuldnerberatung anbieten will. Wer zählt noch die inzwischen gegründeten Beratungsstellen.

Das Schuldenproblem und die steigende Belastung der Haushalte durch Zinszahlungen lösen sich nicht von selbst; wer darauf wartet, der fördert die nächste gesellschaftliche Großkatastrophe, wo möglich noch in diesem Jahrhundert. Auf der einen Seite muß der Bund noch Zinsschulden verzinsen und tilgen, die aus der Zeit der Weimarer Republik übernommen wurden (geschätzte Höhe 300 bis 500 Millionen HAZ v. 13.10.'90, S. 6) und auf der anderen Seite konzentrieren und wachsen die Vermögen spiegelbildlich zu den Schulden, aber aufgrund des Zinsmechanismus mit zunehmender Konzentration bei immer weniger Menschen. Das hat auch konjunkturelle Aspekte, weil einerseits immer mehr Haushalte mit Bedarf, aber ohne Liquidität ihren Bedarf nicht realisieren können und andererseits volle Kassen entstehen, die an keinem Bedarf gekoppelt sind und daher spekulativ oder destruktiv eingesetzt werden.

Die Probleme, die hier nur angedeutet werden können, sind aber nicht solche, die die Geschäftsbanken primär verursachen, sondern solche, die unsere Währungsverfassung laufend gebiert. Um das Problem wenigstens noch kurz zu benennen: Die Notenbanken sind - um den Umlauf des Geldes einigermaßen zu sichern - auf die Zinsen als Zuckerbrot und die Inflation als Peitsche angewiesen. Der Zins, der seit biblischen Zeiten ein Problem ist und daher bis zum Beginn der Neuzeit von der Kirche verboten war, den man als Konjunkturstörer, Umverteilungsautomat von Arm auf Reich und wer weiß noch wie benennen kann, ist aber auch ein Preis, der eine Lenkungs-funktion hat. Dies wird nicht übersehen. Als Preis für die Überlassung von Liquidität funktioniert der Zins aber auch, wenn er zwischen -1 und +1 pendelt.

Wenn den Banken auch keine Verursacherrolle bei diesen Problemen zugeschrieben werden kann, dann bedeutet es nicht, daß Bankkaufleute und Bankenverbände nicht moralisch verpflichtet wären, sich um die andere Seite des Geldes zu kümmern. Betriebswirtschaftlich gesehen müssen alle Banken, wenn sie überleben wollen, die Kundeneinlagen mit einer möglichst hohen Differenz zwischen Haben und Sollzinsen als Kredite mit möglichst geringem Risiko an Private, Unternehmen und öffentliche Haushalte wieder herausgeben. Läßt die Nachfrage nach Kredit nach, wird zwangsweise die Werbung dafür verführerisch bis unseriös. Volkswirtschaftlich gesehen ist unter den gegebenen Umständen das Verführerische und Unseriöse unternehmerische Verhalten immer noch sinnvoll. Denn wenn die Banken keine Kreditnehmer finden würden, würde das angesammelte Geld im Umlauf mit der Wirkung des Nachfrageausfalls fehlen. Die Folge: mehr Pleiten, mehr Arbeitslose.

Ich kann zur Entlastung der Banken (Sparkassen und Volksbanken sind hier unter dem Einheitsbegriff immer mitgedacht) noch anfügen, daß sie für die Höhe des Zinsniveaus wenig können. Hier ist der Staat als Großnachfrager nach Krediten und mit seiner Neigung, die Tilgung den nachgeborenen Generationen zu überlassen, ein wesentlicher Verursacher. Die Hauptschuld tragen aber die Notenbanken, die einmal durch die Inflationsraten das Zinsniveau hochtreiben und zum anderen dadurch, daß sie versuchen, über die Zinssätze für Refinanzierungskredite der Banken die Geldmenge zu steuern. Das ist insofern eine idiotische Politik, weil nur kleine Teilmengen des gesamten Geldumlaufes erweitert oder vermindert werden müssen, aber die Zinssätze alle Kreditverträge (soweit nicht feste Zinssätze für bestimmte Laufzeiten vereinbart wurden) der betreffenden Volkswirtschaften von der Dominanz der Leitzinssätze der Notenbanken in Mitleidenschaft gezogen werden. Das sind Vorgänge, gegen die keine Schuldnerberatungsstelle ankommt und bis heute - soweit mir bekannt - auch nicht drüber aufklärt.

Nach Ludwig Erhard sind Währungsfragen Fragen, die alle Bürger angehen. Tatsächlich sind sie für die meisten Menschen ein Buch mit sieben Siegeln, die dann zu Verdächtigungen in falscher Richtung führen. Der Haß auf die Juden ist zum Großteil darauf zurückzuführen, daß es vor allem Juden waren, die früher im Geld- und Kreditgeschäft eine Rolle spielten. Heute stehen die Banken im Verdacht, sie seien die Drahtzieher im Hintergrund. Das sind sie nicht. Ihre Schuld ist eine andere. Ich zitiere aus zwei früheren Arbeiten von mir.

a) Aus dem "PAPIER ZUR PERSONALVERSAMMLUNG DER NORD LB ABTEILUNG HANNOVER AM 6. 5. 1973 IM THEATER AM AEGI":

"Jetzt aber speziell zu uns Bankkaufleuten, die wir uns ehrlicher Weise besser Bankkrämer nennen sollten, weil uns die Dynamik und die Risikobereitschaft des Kaufmannes völlig abgeht. Gibt es eine ätzendere Kritik über uns, als die, daß wir jene Berufsgruppe sind, die am wenigsten Ahnung von dem Material hat, das die Grundlage ihres Berufes ist, nämlich vom Geld? Ja, wie andere Leute mit Geld Geld verdienen können, das wissen wir. Wissen wir aber auch, warum Geld sowohl FLUCH WIE AUCH SEGEN für die Völker sein kann? Der von der Presse aufgepöpelte Vorstandsvorsitzende unserer westdeutschen Schwesterninstitutes, Ludwig Poullain, Star im Bereich öffentlicher Banken, weiß es nicht. Er muß in Sachen Währung auf den lieben Gott bauen, statt auf seinen Verstand (Dialog 6/73, S. 40)

Nein, auch wir wissen es nicht, wir wollen es auch nicht wissen, denn Wissen macht verantwortlich und das sind immer die Anderen. Außerdem sind wir so durch Umverteilungsarbeit ausgelastet, daß wir gar keine Zeit haben, darüber nachzudenken. Obendrein ist es doch viel bequemer zu behaupten, es gäbe keine Patentrezepte. Was zählen schon logische Beweisführung und empirische Bestätigung, wenn sich auf Irrtümer z.B. sogar ganze Bausparkassen aufbauen lassen."

b) Aus "PERSONALVERSAMMLUNG 1976 ..." habe ich dann unter Anregungen und Anträge formuliert:

"7.6 Berufsethos der Bankkaufleute.

7.6.1 Gibt es einen generellen Machtmißbrauch im Sinne der Mißachtung der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Re-

gierung durch den Bankenapparat?

7.6.2 Spielen einzelne Banken als Kreditgeber gegenüber Kreditnehmern Schicksalsgöttinnen?

7.6.3 Sind die Banken und ihre Mitarbeiter die Schmarotzer der Nation, der Menschheit?

7.6.4 Erklärt sich die große Mehrzahl der selbständigen und unselbständigen Bankkaufleute bezüglich der Auswirkungen ihrer Tätigkeit als nicht verantwortlich?

Begründung zu 7.6

Eine Leistungsmotivation entsteht nicht nur durch materielle Anreize, sondern auch aus der Einsicht oder dem Gefühl, auf die Gemeinschaft bezogen etwas Sinnvolles, ja Wertvolles zu tun. ('Der Mensch lebt nicht von Brot allein.')

Die Physiker haben sich jahrelang mit der Frage abplagen müssen, ob sie mit der Entdeckung der Atomspaltung und deren Weiterentwicklung zum Segen oder zum Untergang der Menschheit beigetragen haben. Diese Frage ist bis heute noch nicht entschieden.

Die Ärzte müssen sich neuerdings fragen lassen, ob sie nicht durch ihre Tätigkeit mehr zur Krankheitsverbreiterung als zur Heilung beitragen.

Die Juristen sind noch keiner generellen Kritik ausgesetzt, doch wird schon manchem Zeitgenossen unwohl, wenn er den Begriff "Jurist" hört.

Warum soll es den Bankkaufleuten eigentlich besser ergehen? Es gibt bestimmt einige Verdächtigungen, die entkräftet werden können (...). In anderen Punkten gilt es aber Farbe zu bekennen. (Z.B., daß die Spar- und Wohnungsbauprämie nur eine Umsatzförderungsprämie für den Bankenapparat ist. ...)"

Ich würde heute ergänzend fragen: Hat nicht das ganze Wachstum des Bankenapparates seine Hauptursache in der Zinsfähigkeit des Geldes und der damit verbundenen antimarktwirtschaftlichen Einkommensverteilung? Wann erreicht der Kreditnehmer den faktischen Status ein Sklaven, eines Menschen der nicht mehr sein eigener Herr ist? Wann werden die Sparer auf die Barrikaden gehen und sich gegen fortwährende Enteignung von Teilen ihres Vermögens durch die von der Bundesbank verursachte Inflation wehren? Wie lange können wir noch schweigen, wenn bei der Schuldzuweisung bzgl. der Arbeitslosigkeit die Unternehmer genannt werden, statt die Bundesbank?

Nun wäre es ja schön, wenn ich den jungen Leuten, die sich heute an ihrem Arbeitsplatz oder in der Politik engagieren, berichten könnte, meine Fragen und Anregungen wären damals in der Nord LB (an die ich heute ohne "Blick zurück im Zorn" denke) intensiv diskutiert worden. Sicher, es gab Sympathieäußerungen und Zustimmungen, aber nicht laut und offiziell. Wer läßt sich in seinem Tun schon gerne von einem lästigen Frager stören? Nicht zuständig, nicht kompetent, weg-hören, wenn es nicht unmittelbare negative Konsequenzen hat, dies scheint mir eine durchgängige Haltung bundesrepublikanischer Institutionen zu sein, einschließlich der Gewerkschaften.

Der Schweizer Professor Hans-Christoph Binswanger sagte:
"99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht., die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als 'nicht existent'. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich." Ich füge hinzu: Das Gleiche gilt für das Schuldenproblem.

Von Wilhelm Hankel, Professor für Ökonomie, der in Bonn mitgemixt hat und Chef der Hessischen Landesbank war, läuft ein Zitat um mit folgenden Wortlaut:

"Immer dann, wenn es in der ökonomischen Realität anders zugeht, als es die Modelle der Wirtschaftslehrbücher vorschreiben, sollten die Ökonomen, statt in der Rumpelkammer überholter Theorien herumzustöbern, nach den monetären Ursachen der Krise fahnden."

Ein Satz von dem verstorbenen Theologen Karl Barth lautet:
"Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Vermehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gang, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird."

Aus: "Die kirchliche Dogmatik", Band III/4 S.525

Von Thomas Jefferson (1743 - 1826), dritter Präsident der USA stammt folgende Überlegung:

"Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren."

(Zitiert nach Ezra Pound in "Usura - Cantos XLV und LI Verlag Die Arche Zürich 1985)

Der Arzt für Naturheilverfahren Dr. Harless, der sich zum Sterben nach Österreich zurückgezogen hat, schrieb mir unter dem Hinweis der vielen vergeblichen Aufklärungsversuche am 4. 10. 1990:

"Es ist ja schon fast ein Wunder, daß sie endlich die auf uns zukommende ökologische Katastrophe erkannt haben. Aber den Zusammenhang zwischen vom Zins erzwungenen Wachstumswahn und Umweltzerstörung den wollen sie nicht sehen. Die heilige Kuh 'Bruttosozialprodukt' verspermt ihnen die Sicht. Nicht einmal den Wahnsinn einer Neuverschuldung der BRD von 63 000 000 000,- DM bei womöglich 8% Zinsen wollen sie zugeben. Die nächste Weltwirtschaftskrise wird wohl kommen, bevor die zerstörte DDR mühsam saniert ist." ...

Ein Rat, wie dieser, unserer Stadt kann nicht einfach in Ratlosigkeit verharren. Er würde genauso wie jener aus der Vor-Hitler-Zeit Schuld auf sich laden. Aber auch die Bürger dieser Stadt können sich nicht einfach hinter der Ratlosigkeit des Rates oder der Geschäftigkeit der Landtags- und Bundestagsabgeordneten verstecken.

Ich denke, daß Schüler und Lehrer es heute nicht leicht ha-

ben bei der Bewältigung des Lehr(n)stoffes, der ihnen zugemutet wird. Bei dem hier behandelten Themenkomplex geht es aber um Überlebensfragen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn bei der obligatorischen Zinsrechnung auch überlegt wird, woher denn das Geld kommt, was man auf seinem Sparkonto gut geschrieben bekommt, und um wieviel sich die Einkommenssituation der eigenen Familie verbessert, wenn der Kreditzins für das Haus, das Auto etc. der Familie oder für das Klärwerk, die Schule, das Schwimmbad der Stadt um 1, 2 oder 3 Prozentpunkte niedriger als zum Zeitpunkt der Berechnung liegen würde.

Daß Kirchengemeinden darüber sachbezogen arbeiten können, beweist mir eine Schrift des "Arbeitskreis Frieden und Entwicklung der Pfarre St. Katharina Aachen-Fort, Forter Linde 1" mit dem Titel "Unser Geld arbeitet weltweit - Wir lassen unser Geld arbeiten, doch wie und wo es arbeitet, danach fragen wir nicht." Dort wird auch vorgerechnet, in wieviel Jahren die steigenden Zinslasten, die nicht nur direkt an Kreditgeber gezahlt werden, sondern indirekt in allen Preisen und Gebühren enthalten sind, das gesamte Arbeitsaufkommen aufzehrt. Der Arbeitskreis wird von dem Leiter des Rechnungswesens einer Sparkasse geleitet.

Empfehlen kann ich christlichen Gruppen in diesem Zusammenhang einen Aufsatz von Dr. Dietrich Schirmer mit dem Titel "Anmerkungen zum Problem des Zinsnehmens" aus biblischer Sicht. Schirmer ist Mitarbeiter der Evangelischen Akademie Berlin. (veröffentlicht in: "Zeitschrift für Sozialökonomie", Herausgeber "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e.V., Postfach 1550, D 3410 Northeim).

Arbeitshilfen im begrenztem Umfang geben auch die "Christen für gerechte Wirtschaftsordnung", M.-Bucer-Str. 6, D 7640 Kehl.

Durch einen Freund veranlaßt, habe ich in diesen Tagen nochmals in das Buch "Inflation und Deflation zerstören die Demokratie" von Gerhard Ziemer gelesen. Dort ist auf Seite 28 zu lesen:

"In dieser Tradition, die noch kein Quantitätsgesetz des Geldes und damit auch nicht die Ursachen der Preisveränderungen und der kapitalistischen Krisen kannte, stand die alte Generation, die für die Währungskrisen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die Verantwortung trägt. (Ziemer hatte vorher darauf hingewiesen, daß man vor 1914 die Begriffe Inflation und Deflation noch nicht kannte. d.V.) Wir können das heute nicht mehr verstehen und die Reformer haben es schon damals nicht verstanden. Man muß es aber als subjektive Entschuldigung für die konjunktur- und währungsmäßigen Mißgriffe gelten lassen, auch für Brüning und Luther, die als Reichskanzler und Reichsbankpräsident die Hauptverantwortlichen in der großen Deflationskrise der dreißiger Jahre waren."

Die Erkenntnis daraus: Nicht Gott oder der Teufel hat den damaligen ökonomischen Zusammenbruch der Republik bewirkt, sondern falsche Vorstellungen der Verantwortlichen von Ursachen und Wirkungen in der Ökonomie. Das Wissen um ein sachlich richtiges Handeln war damals da, es wurde in der Öffentlichkeit diskutiert und konnte sich trotzdem nicht in die Köpfe der Verantwortlichen einnisten. Die Wirtschaftspolitik hat seit jener Zeit gelernt, wenn auch mühsam und lan-

ge noch nicht alles. In Bezug auf Währungsprobleme mit ihren Ausstrahlungen auf Verschuldung, Vermögenkonzentration, Arbeitslosigkeit, Wachstumsdruck und ständige latente Friedensgefährdung herrscht heute parteiübergreifend die gleiche böse Dummheit und gefährliche Einfalt, repräsentiert durch mehr oder weniger sympathische, kluge und engagierte Politiker. Die Vereinigung von DDR und BRD hat uns hier bisher auch nicht weitergeholfen. Beim Wechsel der Hauptstadt, werden die Probleme von Bonn mit nach Berlin ziehen, wo sie schon einmal ihre Zerstörungskraft zeigten.

Militär, Polizei, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Rotes Kreuz sind Versuche der organisierten Gefahrenabwehr und der Schadensbegrenzung. Wie will die Stadt, der Kreis, das Land steigende Gefahren abwehren, die in einer falschen Währungs- und Wirtschaftspolitik - für die Bonn verantwortlich ist - ihre Ursache hat? (Bonn steht dabei nicht für eine bestimmte Regierungskoalition.) Ich halte mich nicht für einen Schwarzseher. Aber nüchtern betrachtet kann eine Situation eintreten, wo bundes-, europa oder weltweit die Knotenpunkte der sozialökonomischen Strukturen einfach reißen. Wenn nichts mehr läuft. Keine Zuweisungen an Geld von Bonn oder Hannover, keine eigenen Steuereinnahmen, weil die Bürger nicht mehr zahlen können, der Verlust der Kreditwürdigkeit und die Unmöglichkeit der Banken Kredite gewähren zu können. Ich höre den Einwand, daß das eine unmögliche Situation ist. Leider ist sie nicht unmöglich. Das bedeutet aber auch, daß ein sich für die Kommune verantwortlich fühlender Rat Gedanken über eine Gefahrenabwehr machen sollte. Die Schadensbegrenzung sollte möglichst schon im Voraus vorgenommen werden. Z.B. durch das Studium des "Experiments von Wörgl" in Österreich in den Jahren 1932/33, wo sich eine Gemeinde erfolgreich aus einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression ausklinkte. (Literatur über die "Freiwirtschaftliche Bibliothek", Steenkamp 7, 2930 Varel 2)

Zum Weltspartag

Umverteilung der Einkommen durch Zinsen

Der Zins hat eine schöne und eine häßliche Seite. Es ist schön, sein Sparguthaben ohne weiteres Zutun vermehrt zu sehen. Die Zinsbelastungen für Bankkredite sind aber eine Quelle steten Mißvergnügens. Im schlimmsten Falle bedeuten sie den wirtschaftlichen Ruin.

Dr. Herbert Höffer, Bonn

WirtschaftsSpiegel 10/89

Entscheidungsstransparenz und Entscheidungsperspektive
bei der Förderung von Kultur, Sport und Soziales

Der Rat hat am 4. Oktober auch beschlossen, daß die Jugendkunstschule einen jährlichen Zuschuß von DM 5.000 erhält. In der Leine-Zeitung vom 22. Oktober war danach zu lesen: "Das Kulturforum wird von der Stadt zur Deckung seines Defizits einen weiteren Zuschuß in Höhe von 1500 Mark erhalten. Vorher am 15. Oktober wurde in der gleichen Zeitung berichtet: "Kinderschutzbund beantragt 30000 Mark Zuschuß - Stadtdirektor Rhode sieht keine Chance für positiven Bescheid. Man hat den Eindruck, als würden Trostpflaster verteilt, aber nicht an alle, die eines haben möchten.

In der betreffenden Ratssitzung habe ich gedacht, wenn der Rat einen Hut hätte rumgehen lassen und dabei wären 5.000 DM für die Jugendkunstschule herausgekommen, dann wäre das eine Leistung gewesen. Aber mit einem Zuschuß in Höhe von DM 5000 kann die Kunstschule nicht einmal den Selbstkostenanteil für eine ABM-Kraft finanzieren. Ich weiß, die Kassen der Stadt sind leer und wir sind auch noch sternweit entfernt von einer wirklich freien, von den Empfängern der Kunstleistung finanzierten Kultur. Kann das aber ein Grund sein, sich und den Bürgern der Stadt Rechenschaft über die Vergabe der bescheidenen Mittel für freiwillige Leistungen abzulegen und Perspektiven dieser Förderung aufzuzeigen. Im Rat sind bestimmt genug kluge Leute, die dazu etwas sagen könnten, es muß ja nicht immer nach der Rats- bzw. Parteihierarchie gehen. Der Rat könnte auch ein Hearing zur Situation der Kultur in der Stadt einberufen.

Der Rat ist kein Fürst, der nach Gutdünken Bittsteller mit ehrenwerten Anliegen ein paar Taler in die Hand drücken oder abweisen kann.

Ich denke, der Rat muß sich selbst und den Bürgern klar machen, warum er freiwillige Leistungen (die er aus unfreiwilligen Abgaben der Bürger finanzieren muß) übernimmt, welches Ziel diese Leistungen haben und nach welchen Kriterien sie vergeben werden sollen (z.B. Windhundverfahren, Sympathie für das Anliegen der Geförderten, erhoffter positiver Einfluß auf die eigene Wiederwahl etc.)

Die Freiheit der Kunst, der Bildung und auch sozialer Initiativen setzt einen chancengleichen Wettbewerb voraus. Dieses Kriterium der Chancengleichheit wird bundesweit, den Geist des Grundgesetzes mißachtend, nicht beachtet. Kann die demokratisch verfaßte Kommune oder der Staat insgesamt diese Chancengleichheit nicht herstellen, dann muß sie bzw. er, da sie bzw. er weder König noch Diktator ist, auf die Förderung der Kultur verzichten.

Wer nicht glauben kann, daß die Kultur von sich aus auf staatliche Förderung verzichten kann, der sollte sich auf die Spuren des Wölper Pfennigs begeben. Dieser Pfennig ist ein Brakteat (Dünoblechpfennig). Die Brakteaten stehen für eine Zeit der Wirtschaftsblüte von etwa 1150 bis 1450. Es ist ebenfalls die Blütezeit der Hanse und die des Baues der gotischen Dome. Die Menschen hatten kurze Erwerbsarbeitszeiten, viel Muße für die Kultur und Religion. Der Begriff des Blauen Montags stammt aus dieser Zeit. Er war für die Beratungen und das Baden der Gesellen. Die Städte haben für die

Finanzierung ihrer Angelegenheiten nicht auf Zuweisungen von "oben" gewartet, sie waren selbst finanzstark. Als der Kölner Dom, der nicht aus erpreßten Steuermitteln, sondern aus Bürgerspenden finanziert wurde, entstanden ist, soll Köln keine dreißigtausend Einwohner gehabt haben. Man stelle sich mal vor, ein Pastor würde heute in einer Zeit, die technisch gesehen viel produktiver ist als die damalige Zeit, auf die Idee kommen, die Bürger aufzufordern eine Kirche im Format des Kölner Domes zu bauen und zu finanzieren. Es würde doch im Landeskrankenhaus in Wunstorf angefragt werden, ob da noch ein Platz für einen verrückt gewordenen Menschen aus Neustadt frei wäre. Auch ein bescheideneres Bauwerk für Theater und Musik hätte doch keine Chance, auf diese Weise zu entstehen.

Als Ursache der mittelalterlichen Blütezeit wird die damalige Geldverfassung und das Bodenrecht benannt. Es wäre auch ein Beitrag zur heutigen Kultur in Neustadt, wenn sich Menschen mit diesen Fragen befassen würden. Als Einstieg in das Thema kann ich die Schrift "Das Hochmittelalter - ein Geschenk des Geldwesens" von Hans Weitkamp empfehlen. (Zu beziehen über den HUG-Versand, Werner Voß-Damm 54, D-1000 Berlin 42) Dr. Weitkamp - ein inzwischen betagter Arzt - war in den 70er Jahren häufiger Gast in Mardorf und hat in Schloß Ricklingen zusammen mit seiner Frau lebendige Seminare abgehalten. Ein anderes Buch, das den Zusammenhang von Geldverfassung, Wohlfahrt und Kultur herausarbeitet trägt den Titel "Das Geld in der Geschichte", es erschien 1959 im Rudolf Zitzmann Verlag(10), Lauf, und wurde verfaßt von Karl Walker.11)

Die inhaltliche Erschließung der Bodenrechtsverhältnisse im Hochmittelalter könnten mit Hilfe des Bodenrechtsreformers Adolf Damaschke (1865 bis 1935) vorgenommen werden. Ich kann hier z.Zt. aber keine Buchtitel nennen.

Der Blick in die Vergangenheit kann uns helfen, die Zukunft besser zu gestalten, als es die Gegenwart ist. Aber vielleicht könnte der Kultur (im weitesten Sinn) in dieser Stadt finanziell dadurch auf die Beine geholfen werden, daß die Gelder, die durch Lotto, Toto und Lotterien aus der Stadt abfließen, wenigstens zu einem Teil durch ein kommunales Lotto auf die örtlichen Vereine und Initiativen umgelenkt werden.

Das Grundgesetz kam von oben, die Verfassung muß von unten kommen!

In der "NIEDERSCHRIFT Über die Sitzung des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. am Donnerstag, dem 4. Oktober 1990, ..." steht unter "Anfragen" auf Seite 25:

"Nach Auffassung von Tristan Abromeit, Mardorf, Gorch-Fock-Weg 3, gebiete es der föderative Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, daß sich die politische Willensbildung von unten nach oben vollziehe. Der Rat könne nicht in allen Angelegenheiten sagen, er sei nicht zuständig. Beispielsweise könne er, Herr Abromeit, sich vorstellen, daß der Rat eine Bürgerversammlung zum Thema "Brauchen wir eine neue Verfassung?" durchführe. Bürgermeister Hahn entgegnete, damit habe sich entsprechend seiner Kompetenz der Bundestag zu befassen."

Das Protokoll gibt die Frage im Wesentlichen richtig wieder. Zu ergänzen wäre, daß ich den Artikel 146 des Grundgesetzes zitiert habe. Er lautet:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Und ich habe darauf hingewiesen, daß dieser Artikel zur Anwendung kommen müsse, da die BRD und DDR vereinigt seien und nach Bundeskanzler Kohl keine Ansprüche mehr auf ehemalige deutsche Reichsgebiete bestehen.

Und ich ergänze heute: Wer die Präambel des Grundgesetzes liest, wird feststellen, daß das Grundgesetz eine Ordnung für eine Übergangszeit schaffen sollte. Der Schlußsatz der Präambel lautet:

"Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Es steht dort nicht: "Bundestag und Bundesregierung (oder die Parteien) bleiben aufgefordert die Einheit und Freiheit zu beschließen."

Bürgermeister Henry Hahn irrt, wenn er meint, daß die Kompetenz für die Frage, ob wir eine neue Verfassung brauchen, bei dem Bundestag liegt. Die Logik des Grundgesetzes spricht dagegen und auch die Logik der Gewaltenteilung, die ja eine wesentliche Errungenschaft ist, um das Allmächtigkeitsstreben der Staaten zu zügeln, den Leviathan, das Ungeheuer gar nicht entstehen zu lassen. Es ist unlogisch, wenn eine Staatsgewalt selbst bestimmen kann, was sie darf und wie ihr Verhältnis zu den anderen Gewalten ist. Von der demokratischen Idee her, ist das ganze Volk der Souverän, der selbst bestimmt in welcher Form und mit welchen Grenzen der Staat als Organisation der Gesellschaft gewaltenteilig die Angelegenheiten des Volkes vertritt.¹²⁾ Wir müssen aufhören uns eine Demokratie zu nennen, wenn die neue Verfassung nicht direkt vom Volk ausgearbeitet und beschlossen wird. Dies gilt auch dann, wenn sich nur ein kleiner Teil der Bürger für die eigene Verfassung interessiert und nicht alle an der Ausarbeitung direkt mitwirken können. Es ist aber wichtig, daß nicht eine abgeleitete indirekte Vertretung die Verfassung erarbeitet, sondern eine spezielle Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung stattfindet. Und genauso wichtig ist, daß konkurrierende Vorschläge für die einzelnen Artikel der Verfassung auch einzeln vom Volk abgestimmt werden können.

Kurzum: Bonn hat sowohl die Macht, daß Grundgesetz zur Verfassung zu erklären, aber es hat weder das Recht noch die

Legitimität dazu.

Die Ablösung des Grundgesetzes durch eine Verfassung wäre auch dann notwendig, wenn das bestehende Grundgesetz wortwörtlich in die neue Verfassung übernommen werden könnte. Es gilt, das Grundgesetz von dem Makel zu befreien, daß es nicht vom Volk, sondern nur von den Länderparlamenten beschlossen wurde und daß sich der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz formuliert hat, doch quasi in der Rolle einer Schulklasse befand, die die Prüfung für das Abitur bestehen wollte. Die Prüfungskommission bestand aus den damaligen Besatzungsmächten.

Wenn es erst so aussah, als wollten alle Parteien bis auf DIE GRÜNEN nach der Vereinigung von DDR und BRD mit dem Grundgesetz zur allgemeinen Tagesordnung übergehen, dann hat das wohl mit der inneren Situation der Alt-BRD zu tun.¹³⁾ Die feierlichen Ansprachen zum vierzigjährigen Geschehen waren ja noch nicht lange vorbei. Die dazu geäußerten Gedanken, die über die Medien verbreitet wurden, waren mehr Lobhudelei (wie man sie früher aus den sozialistischen Ländern kannte) als kritische Würdigung. Die Art der Reden zeigte deutlich an, daß die etablierte Macht sich in der BRD politisch inhaltlich am Ende oder in der Sackgasse befand. Die Vereinigung, die den Politikern und den Bürgern der Alt-BRD in den Schoß gefallen ist, war die Erlösung von der lähmenden politischen Inhaltlosigkeit, die Befreiung aus einer Situation, in der nur noch leeres Stroh gedroschen und die gesellschaftlichen Mängel perspektivlos verwaltet wurden. Aber wem sich Handlungsspielräume eröffnen, bevor er über Handlungsgrundsätze und Handlungsperspektiven nachgedacht hat, der kann nur auf alte eingeschliffene Handlungsmuster ohne Rücksicht auf die situationsbedingten Bedürfnisse zurückgreifen. Dies dürfte der Grund dafür sein, daß wir unsere ganzen politischen, kulturellen und ökonomischen Strukturfehler der ehemaligen DDR übergestülpt haben. Den DDRlern kann man nur einen begrenzten Vorwurf machen, daß sie solches mit sich geschehen lassen haben. Denn unsere Mängel waren und sind für sie immer noch Fortschritt. Ich habe in Erinnerung, daß sich eine polnische Ärztin vor ein paar Jahren darüber beschwerte, daß das Verfallsdatum der gespendeten Medikamente abgelaufen war. Ich denke, bei den Strukturen, die wir der Ex-DDR gespendet haben, war das Verfallsdatum schon lange abgelaufen.¹⁴⁾

Ungewohnte Gedankengänge und neue Fragestellungen können für Leser einer "Botschaft" eine gern aufgenommene Bereicherung sein, sie können aber auch die eigene Aufnahmebereitschaft blockieren. Letzteres besonders dann, wenn der Verfasser einer Botschaft vom Empfänger nach dem jeweils vorhandenen Bewertungsraster als "nicht gut" eingestuft wird. Ich will versuchen, solchen möglichen Aufnahmeblockierungen dadurch entgegen zu wirken, daß ich aus der Rede des Alt-Bundespräsidenten Walter Scheel vom 13. Dez. 1978 zitiere, die er vor dem "Forum Politicum" der Bonner Universität unter dem Thema "Vom eigenen Nachdenken und der Meinungsfreiheit" gehalten hat:

Nach dem Scheel bezüglich der Parteien sagte: "Es ist nicht die Unterschiedlichkeit, es ist die Ähnlichkeit im Prinzipiellen, die Sachlösungen immer schwerer macht. Und diese

Ähnlichkeit rührt daher, daß jede Partei im Prinzip für jeden Bürger wählbar sein möchte. ..."

Bezüglich der ökologischen Probleme sagte er: "In all diesen Fragen hört man von allen Parteien ein unklares 'Ja, aber' oder: 'Nein, aber'. All diese Probleme schiebt man vor sich her, von einer Ecke in die andere. ..." Man bedenke, daß Scheel aus eigener langer Erfahrung spricht. Woraus zu schließen ist, daß Politiker in der gesellschaftlichen Ordnung, die wir haben, allem Anschein nach gezwungen sind, gegen ihre eigenen persönlichen Zielsetzungen zu wirken.

Scheel beklagt sich dann: "Die wesentlichen Sachfragen werden immer weniger in den Parlamenten behandelt, ..." Und im Hinblick auf den Rat der Stadt Neustadt zitiere ich ihn: "Wir sind eine repräsentative Demokratie. Und daraus folgt, daß in den Parlamenten die entscheidenden Fragen der Zeit, die Fragen, die unsere Zukunft bestimmen, die Fragen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen, freimütig und offen diskutiert werden müssen, und zwar in einer Sprache, die jeder versteht. ..."

Und weiter für uns alle:

"Solange man im Rahmen der akzeptierten und etablierten Argumente bleibt, kann jedermann - ohne sonderliche Wirkung freilich - sagen, was er will. Wenn jemand aber, auf Grund eigenen Nachdenkens, ein neues Argument in die Debatte wirft, um die Fronten aufzulockern, um aus der ermüdenden Wiederholung altbekannter Formeln einen Ausweg zu zeigen, dann geschieht etwas Eigenartiges. Nicht nur die politischen Gegner wenden sich gegen das neue Argument, sondern nahezu alle an der öffentlichen Diskussion Beteiligten. Mit dem neuen Argument selbst setzt sich kaum jemand auseinander ...

Besonders hilfreich, einen neuen Gedanken gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist die Methode, ihn mit einem anrüchigen Etikett zu bekleben, was dann jedes weitere Nachdenken über den neuen Gedanken von vornherein überflüssig macht ...

Ich gewinne immer stärker den Eindruck, daß es immer schwerer wird, neue Gedanken, neue Problemstellungen, neue Fragen in die politische Diskussion einzuführen.

Wir haben auch bestimmte Konventionen eingeführt, die es immer schwerer machen, zu bestimmten Problemen unserer Gesellschaft freimütig Stellung zu beziehen. Ein Beispiel: Ich habe bei meiner Rede zum Jubiläum des Chemieverbandes auf die Gefahren der Chemie, bei aller Anerkennung ihrer Leistung, aufmerksam gemacht. Ich war betroffen über die öffentliche Reaktion auf diese Ansprache. Ich hatte da offenbar etwas getan, was bestehende Konventionen, nämlich gegenüber dem jeweiligen Publikum mehr als höflich zu sein, widersprach. Aber wieso ist es etwas Besonderes, wenn man auf Gefahren hinweist, die vor jedermanns Augen liegen.

Was sind das für Konventionen, die es verbieten, das nahe- und nächstliegende zu sagen? Sind wir nicht dabei, Zäune um die Probleme aufzurichten, jenseits derer sich zu bewegen verboten ist? Die Meinungsfreiheit ist so groß, wie wir ihr zu sein erlauben ... "

Und abschließend zitiere ich Scheel:

"Mächtige Interessen und Sachzwänge stellen sich jeder Veränderung in den Weg. Ich weiß das. Ich gebe mich darüber keinen Illusionen hin. Ich weiß auch, daß viele der jungen Generation an eben diesen Zwängen verzweifeln. Dennoch glaube ich, daß nur die freie Demokratie die innere Kraft hat, diesen Zwängen zu widerstehen, diese Kräfte in eine Richtung zu lenken, die unser freier Wille bestimmt."

(Aus: "SG Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen" Nr. 17, 1979)

Jeder der diese Zeilen von Walter Scheel gelesen hat, wird sicher einen anderen Vortragenden oder eine Autorin benennen können, der bzw. die die Bedrohung der Meinungsfreiheit durch Konventionen und die gesellschaftliche Erstarrung durch inhaltslose politische Rituale beklagt. Die Gefahren für Freiheit, Fortschritt und Wohlstand der Gesellschaft, die hier angesprochen sind, haben wahrscheinlich schon immer bestanden, nur waren sie in früheren Jahrhunderten wohl nicht so bedrohlich wie in unserem Zeitalter der Massen mit einem technisch hohen Zerstörungspotential und Strukturen, die dem Einzelnen seine Autonomie genommen haben. So wie das Wasser eines Flusses gestaut, aber nicht davon abgehalten werden kann, ins Meer zu fließen, um sich selbst aufzugeben, so ist es auch mit gesellschaftlichen Problemen. Wer sie daran hindern will, sich im Meer der Erkenntnis und durch die Tat aufzulösen und statt dessen nur Dämme baut, der programmiert einen Verwüstungen auslösenden Dammbbruch. Und der Dammbbruch steht für die Begriffe Bürger- und Völkerkrieg. Ich selber könnte mir sagen: In der restlichen Lebenszeit, die ich noch vor mir habe, wird unsere Gesellschaft - mit ein bißchen Glück - nicht mehr explodieren. Dies ist ein anscheinend vernünftiges Argument, um sich aus dem frustrierenden politischen "Geschäft" herauszuhalten. Aber was ist mit meinen Kindern und künftigen Enkeln? So muß ich und im Grunde alle, die Verantwortung spüren, fragen. Pflanzen wir Bäume und hegen ein Leben lang einen Wald, um ihn dann leichtsinnig einer Feuersbrunst auszusetzen?

Wenn Verfassungsfragen - für mich sind es Fragen der Freiheit und des Friedens - diskutieren und Antworten formulieren, dann ist es sicherlich nützlich, wenn sich juristischer Sachverstand beteiligt. Aber die Verfassung ist nicht nur eine Sache der Juristen, sondern aller Berufe. Güte, Bedächtigkeit, Mut und innere Freiheit bei den Mitgliedern der zu wählenden verfassungsgebenden Versammlung können einen besseren Einfluß auf die neue Verfassung haben als scharfer Sachverstand, der korrumpierbar ist, und gesellschaftlicher Rang, der Rücksicht auf die eigene Stellung nehmen muß.

Ich zitiere jetzt zwei Gedanken von Altvorderen, weil sie mir als Endpunkte der Spannweite erscheinen, in der wir die Verfassungsfrage zu bearbeiten haben.

Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, den ich schon weiter oben angeführt habe, schreibt in einem Brief vom 18. Mai 1811:

"Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Ge-

schlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufersuchen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört und nicht den Lebenden." (Quelle a.a.O.)

Die Toten soll man ehren, ihre gemachten Erfahrungen, soweit sie uns zugänglich sind, sollen wir nutzen, aber gestalten sollen wir unsere Gesellschaft, unser Land, in dem wir nur Pächter sind, für uns, nach unseren Bedürfnissen, nicht nach überholten Konventionen, aber auch nicht mit irreparablen Schäden und Bedingungen für die Nachgeborenen.

Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325-1382) schreibt im "Traktat über Geldabwertungen"

"Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen."

Diese Sätze von Oresme stehen in dem achten Hauptstück, mit dem Titel "Über Geldveränderungen im allgemeinen". Er hielt damals schon den konstanten Wert der Währung für eine Art Gesetz, das nicht beliebig verändert werden dürfe. Er hätte es sicher nicht geschrieben, wenn seine Einsicht zu seiner Zeit berücksichtigtes Allgemeingut gewesen wäre. Aber die Notenbankenleiter und die Politiker haben es in den Jahrhunderten, die folgten, immer noch nicht begriffen.

Ich habe Oresmes Einsicht aber zitiert, um darauf hinzuweisen, daß sich ein neues Gesetz gegenüber einem alten nur durch seine bessere Qualität rechtfertigen kann. Gesetze sind, wenn sie ihre Friedensstiftende Funktion behalten oder wiedererlangen sollen, keine politische Masse, die beliebig manipuliert werden kann. Auch kann die Gesellschaft dadurch ins Chaos geführt werden, daß die Gesetzgeber eine Gesetzesinflation verursachen und den "Wert" der Gesetze durch die mangelnde Akzeptanz der Bürger aufheben.

Auch ohne die Situation, für die das Grundgesetz vorsieht, daß es durch eine Verfassung abgelöst wird, muß eine offene und freie Gesellschaft von Zeit zu Zeit prüfen, ob die von ihr geschaffenen Strukturen und Institutionen, die unter dem Sammelbegriff "Staat" zusammengefaßt werden, der Gesellschaft in ihrem jeweiligen zeitlichen und ideenmäßigen Selbstverständnis angepaßt sind. Bei der Ordnung (die Art der Bausteine und ihre Verbindung) des Staates liegen die Vorstellungen vom Maximal- und Minimalstaat einerseits und vom Zentralstaat und der dezentralen Föderation im Widerstreit. Dann gibt es auch noch die Differenz zwischen der Vorstellung, die Teilordnungen des Staates könnte man nach unterschiedlichen Vorstellungen gestalten, und jener Erkenntnis von der Interdependenz der Teilordnungen, das heißt die gegenseitige Abhängigkeit und Beeinflussung der Teilordnungen.

Es ist sicher so, daß ein zentralistischer Staat - z.B. zur kriegerischen Durchsetzung seiner Ziele - kurzfristig effektiver sein kann als ein föderativer Staat. Aber alles, was uns heute im politischen und gesellschaftlichen Leben als wertvoll erscheint, läßt sich mit einem dezentralen Aufbau unserer gesellschaftlichen Strukturen besser realisieren.

Aber "die Vorstellung, daß die Zentrale weisungsmächtig sein müsse, ist nämlich nicht neu und findet ihre Begründung keineswegs allein in der 'modernen Industriegesellschaft'. Sie stammt aus dem Absolutismus, der sich mit dem mechanistischen Denken des frühen Rationalismus verbündete und den Staat als wohlfunktionierende Maschine begreifen wollte. Die Französische Revolution und ihre Ideologie der *volonté générale* fügte einen weiteren dogmatischen Gesichtspunkt hinzu, der schließlich eine materialistische Gerechtigkeit über die schöpferische Freiheit des einzelnen der kleinen Gesellschaft stellte." ...

"Die Gegenposition zum zentralistischen Perfektionsstreben in Staat und Gesellschaft spiegelt sich zum Beispiel in der Erklärung Papst Pius XI. (Enzyklika 'Quadrogesimo anno') wider, wo er das Subsidiaritätsprinzip verdeutlicht: 'Ebenso ist es eine Ungerechtigkeit und zugleich eine schwere Verletzung und Störung der echten Ordnung, wenn Aufgaben, die von kleineren und untergeordneten Gemeinschaften bewältigt werden können, von höheren und übergeordneten Gesellschaften in Anspruch genommen werden. Denn jede soziale Leistung soll ihrem Sinn und Wesen nach ein Dienst an den Gliedern des sozialen Körpers sein, niemals aber sie zerschlagen oder ganz aufsaugen.'" So Emil Kohr in "Entscheidungen - zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", Starnberg 1967.

Wenn der Ruf des Föderalismus in unserer Republik leidet, dann liegt das einfach daran, daß das Ringen der Föderalisten und Zentralisten um die Gestalt des westlichen Deutschlands nur scheinbar zu Gunsten der Föderalisten ausgefallen ist. Vielzuvielen zentralistischen Elementen haben das Anliegen des Föderalismus von Anfang an konterkariert. Den echten Föderalismus hat es im Bildungsbereich bei uns nie gegeben. Was sich da auf Länderebene als Schein-Föderalismus herrüber gerettet hat, stammt aus vordemokratischer Zeit, ist Zentralverwaltungswirtschaft der Bildung. 15) Die Marktwirtschaft als föderative Entsprechung der Wirtschaft konnte sich bisher nie zu dem entwickeln, was sie der Idee nach sein will, nämlich ein dienendes, befreiendes Instrument der Menschen. Sie ist bisher immer von zwei Seiten in die Zange genommen worden, nämlich vom Kapitalismus - das ist die Möglichkeit aufgrund von Strukturfehlern der Wirtschaftsordnung arbeitsloses Einkommen zu erzielen und die Konjunktur zu stören - und außerdem vom Staatinterventionismus - das ist der Glaube, durch zentralistische Eingriffe des Staates in das Wirtschaftssystem, die Störungen beheben zu können, die vom Kapitalismus ausgehen.

Interessant ist, daß der Süden Deutschlands und die amerikanische Besatzungsmacht stärker von der föderativen Idee geprägt waren als der Norden und die englische Besatzung. Die Franzosen waren aus militärischen Sicherheitsüberlegungen gegen ein zentralistisches Westdeutschland und weil sie außerdem glaubten, gegen ein dezentrales Deutschland besser

ihren Führungsanspruch in Europa durchsetzen zu können. Von den Parteien her gesehen, waren es mehr die CDU und CSU, die den Föderalismusgedanken vertraten. "Die zentralistische Gegenposition wurde von der SPD und FDP vertreten. Stärker als bei den anderen Parteien verteidigten sie die Rousseausche Konzeption der *volonté générale* des ganzen Volkes als Grundlage staatlicher Autorität. Deshalb wollten sie auch nur eine Verfassung akzeptieren, die gleichsam das Ergebnis eines Willensaktes des ganzen Volkes war und sich nicht auf eine Vereinbarung der Länder, einen Vertrag der Gliedstaaten stützen." ...

"Der Glaube an die Allmacht der verfassunggebenden Gewalt des ganzen Volkes als eine Einheit verband die beiden Parteien. Andere Gesichtspunkte trennten sie in der Frage des Föderalismus. Die SPD war zu diesem Zeitpunkt überzeugt, daß die Wirtschaft nur durch eine zentrale Wirtschaftsplanung gesunden könnte. Dieser zentralen Wirtschaftsplanung stand eine zu starke Eigenständigkeit der Länder entgegen. Zur Wirtschaftsplanung gehört aber auch eine unumschränkte Hoheit der Zentralorgane über die Finanzpolitik, die Steuerpolitik, die Ernährungspolitik und die Sozialpolitik." Kroher a.a.O.

Der Begriff Föderalismus wird meines Erachtens aber zu eng gesehen und angewendet. Machen wir uns an Hand von Lexika erst einmal schlau.

Im Brockhaus von 1883 steht:

FÖDERATION (Bündnis, von *foedus*, *foederare*) heißt im weiteren Sinne jede Art von Verbindung zweier oder mehrere Staaten, wobei die Verbündeten ihre Souveränität behalten. Unter den Begriff F. gehört also auch die zu einem vorübergehenden polit. Zweck, insbesondere zur gemeinsamen Führung eines Kriegs abgeschlossene Allianz. Namentlich in der frühern Zeit pflegte man die Ausdrücke Föderierte und Alliierte als ganz gleichbedeutend und zwar im Sinne von Kriegsverbündeten zu bezeichnen. Aber auch Vertragsverhältnisse zu friedlichen Zwecken werden als F. bezeichnet. In engerem Sinne bezeichnet F. oder häufiger noch Konföderation einen Staatenbund im Gegensatz zur bundesstaatlicher Einigung (Union). ..."

"Der große Duden Fremdwörterbuch" gibt folgend Auskunft:

"FÖDERALISMUS im Gegensatz zum Zentralismus das Streben nach Errichtung oder Erhaltung eines Bundesstaates mit weitgehender Eigenständigkeit der Einzelstaaten.", "KONFÖDERATION (lat. 'Bündnis') (Staaten)bund". und "FÖDERATION Verband; Verbindung, Bündnis (von Staaten)".

Man erkennt an den unterschiedlichen Erläuterungen den Begriffswandel im Laufe der Zeit. Die Erklärung von Föderation weist aber auch darauf hin, daß es nicht unbedingt um Verband oder Bündnis auf staatlicher Ebene oder zwischen Staaten gehen muß. Mich befriedigen diese Erklärungen um den Begriff "Föderalismus" nicht. In den Monaten, als sich eine Vereinigung von DDR und BRD andeutete, waren die Erläuterungen zu "Föderation" und "Konföderation" - wenn vom Publikum nachgefragt oder von den Moderatoren nachgehakt wurde - mager.

Der Gegenspieler von Karl Marx, Pierre Joseph Proudhon (1809 - 1865), der nicht wie Marx ein Verführer zum Zentralismus und kein Eigentumssozialist war, sondern ein Dezentralist und Zirkulationssozialist (Begriffe, die auf

unterschiedliche Analyseergebnisse zum Kapitalismusproblem hinweisen) läßt das föderative Prinzip um der Freiheit und Gerechtigkeit willen weit vor der staatlichen Ebene greifen. Für ihn ist klar, daß die Wirtschaft, die soziale Absicherung und die Bildung nicht zur staatlichen Aufgabe gehören. Einzelne und organisierte Menschen verbünden, föderieren sich mit anderen, wenn sie ihre Bedürfnisse nicht alleine befriedigen können. Sie gehen für unterschiedliche Zwecke unterschiedlich Föderationen ein. Nur dort, wo der privatrechtliche Rahmen nicht ausreicht, föderieren die Bürger zu einer Kommune, die aber nicht das Recht hat, in die vielen privatrechtlichen Föderationen einzugreifen. Die Kommunen, die Gemeinden föderieren mit anderen Gemeinden zu Zweckverbänden oder Kreisen für jene Aufgaben, die sie als Einzelgemeinde nicht erledigen können. Dies geht so weiter über die Länder, den Bund bis zu den vereinigten Staaten von Europa, bis zur UNO. Wichtig ist aber, daß die Finanzmittel mit der Aufgabendelegation von unten nach oben wandern und daß die Föderationen kündbar sind. Bei diesem Prinzip hat die Autonomie und Vielfalt der Erscheinungsformen in der Kultur, der Wirtschaft und im sozialen Bereich eine viel größere Chance als in unserem Schein-Föderalismus. In der Konsequenz geben sich die Gemeinden ihre eigenen unterschiedlichen Verfassungen. Das Hauptgewicht der politischen Entscheidungen liegt bei diesem Modell in den Kommunen und nicht in den Zentren der heutigen politischen und ökonomischen Macht. Eine kommunale Aufsicht würde es nicht von oben, sondern von der Basis her geben. Es ist im Grunde ein Modell, welches den Staat vom Bürokratismus befreit, ihn abspeckt und ihn gerade dadurch respektabel macht. Wer sich in dieser Beziehung anregen lassen will, sollte sich den Inhalt des Buches von Karl Hahn "Föderalismus - Die demokratische Alternative, in dem er Proudhons Gedanken untersucht und referiert, erarbeiten.

Es gibt in der Bundesrepublik sicherlich eine ganze Menge Leute, die sich mit Verfassungsrecht, -geschichte und -philosophie befaßt haben, wieder andere werden Kenntnisse darüber haben, wo geltendes Verfassungsrecht unpraktikabel oder sinnverfälscht wurde. Es wird genügend Menschen in unserer Republik geben, die in einer Verfassungsdiskussion und Erarbeitung einer neuen Verfassung bestehen können. Und das Volk ist von der Idee der Demokratie her gesehen einsichtig und klug genug, über eine neue Verfassung abzustimmen.

Nun kann man das Grundgesetz von Artikel zu Artikel durchgehen, um zu prüfen, ob diese in die neue Verfassung übernommen werden können. Ich will und kann das hier nicht leisten. Ich beschränke mich abschließend auf einige Punkte, die mir wichtig erscheinen.

Artikel 1

"(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Dies ist ein schöner Satz, jedoch zu abstrakt, nur geeignet für Sonntagsreden und für Klausurarbeiten von Jurastudenten. Wenn dieser Artikel den einzelnen Menschen Schutz geben soll, muß die "Würde" konkretisiert werden. Nun würde es sicher den Rahmen einer Verfassung sprengen, alles

aufzuzählen, was zur Würde des Menschen gehört und was nicht. Auch besteht das Problem, daß sich die Vorstellungen von der Würde des Menschen im Laufe der Zeit ändern. Mir ist ein Ausweg eingefallen, den man prüfen sollte. Um die Kaufkraft einer Währung zu messen, wird mit Indexzahlen gearbeitet. Eine Auswahl von Waren, die im gedachten Warenkorb liegen, wird laufend mit ihren veränderlichen Einzelpreisen gemessen und zu einer Summe addiert. Die Veränderung der Summe der Einzelpreise zeigt die Veränderung des Wertes der Währung an. Die Verfassung könnte nun vorschreiben, daß vom Parlament oder dem Parlamentarisch Rat jeweils für eine Laufzeit von 10 Jahren ein "Würdekorb" in Form einer Beispielsammlung von Fällen des täglichen Lebens angelegt wird. In diesen Beispielen müßte aufgezeigt werden, was zur Würde des Menschen gehört und / oder, wo sie nicht tangiert ist. Dieser "Würde-Korb" wäre eine konkrete Orientierung für die Bürger und für die Gerichte bindend bei der Auslegung der Gesetze.

Artikel 3

"(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Auch dies ist ein schöner Satz. Welcher Demokrat und Menschenfreund würde ihn nicht bejahen? Nur beweisen kann solche Bevorzugungen oder Benachteiligungen in den seltensten Fällen. Nicht einmal dem Staat würde ich die strikte Beachtung dieses GG-Artikels zutrauen. Ich denke nicht nur an Berufsverbote, sondern besonders an die vielen Fälle, wo aufgrund der Parteizugehörigkeit Menschen einen Arbeitsplatz in staatlichen Stellen bekommen oder nicht bekommen. Ich denke, daß hier auch die Verschärfung der Gesetze und eine erhöhte Bereitschaft zur Klage von Betroffenen keine Abhilfe schaffen können. Da diese Benachteiligungen und Bevorzugungen sich in den meisten Fällen in Bezug von Arbeitsmöglichkeiten und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Arbeit abspielen, wäre die beste Abhilfe, wenn zusammenpassende Töpfe und Deckel an allen Orten leicht zusammenfinden können. Dies setzt voraus, daß es möglichst keine regionalen, branchenmäßigen oder staatlich definierten funktionalen Arbeitsangebotsmonopole gibt. Dieser Grundgesetzartikel müßte also mit einem Wettbewerbsgebot auf dem Arbeitsmarkt¹⁶⁾ gekoppelt werden. Die Folge daraus wäre dann, daß der Staat aufhören müßte den großen Arbeitgeber zu spielen, der für jedes und alles zuständig ist, und daß er eine aktive Wettbewerbspolitik betreiben müßte¹⁷⁾, um örtliche oder regionale Dominanzen von Arbeitgebern des privaten Rechts zu verhindern. Da die Unternehmen in der Kosten-Nutzen-Kategorie denken müssen (auch Verwaltungen verzichten nicht ganz darauf, wenn sie den Betriebsfrieden nicht gefährden wollen) ist es erforderlich, daß die Tarif- und Sozialpolitik darauf Rücksicht nimmt. Auch Schutzvorschriften haben oft eine umgekehrte Wirkung, als mit ihnen angestrebt wurde. Leistungsbehinderungen, die dazu führen, daß der Leistungsbehinderte aufgrund seiner Minderleistung keinen ausreichenden Lohn zu seinem Lebensunterhalt erzielen kann, müssen zu Lasten der Gesamtgesellschaft ausgeglichen werden und nicht zu Lasten einzelner Arbeitgeber, weil sonst eine Zugangssperre für Minderleistende entsteht, die auch nicht mit dem Knüppel der Klageandrohung

verhindert werden kann.

Artikel 5

"(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Ich denke, hier wird nicht genügend berücksichtigt, daß es nicht nur um die rechtliche Gewährleistung der Pressefreiheit geht, sondern auch um die ökonomische und institutionelle. Wir haben es hier mit einem Kartell der Informationsanbieter und Meinungsmacher zu tun. Im privatrechtlichen Bereich haben wir es einer kapitalistisch verursachten ständigen Konzentration der Anbieter und damit auch der Arbeitsplatzanbieter zu tun und im öffentlichrechtlichen Bereich sind es nur wenige Arbeitgeber, so daß es oft für Journalisten, Redakteure und freie Mitarbeiter geboten ist, Selbstzensur auszuüben, wenn sie ihr Brot mit der Vermittlung von Informationen und Meinungen verdienen wollen.

Zudem ist das Geschäft der Massenmedien, sozusagen eine Eiwegbahn. Die Empfänger der Nachrichten und Meinungen können sich in den seltensten Fällen gegen diese Beeinflussung von oben nach unten mit Gegeninformationen und Gegenmeinungen wehren.

Eine neue Verfassung müßte folglich bzgl. der Pressefreiheit etwas über Presse- und Rundfunk-Kartelle und -Monopole sagen, etwas zur Freiheit der Mitarbeiter der Massenmedien und zur Teilhabe an der Pressefreiheit der Leser, Hörer und Zuschauer.

Artikel 5

"(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."

Hier ist die Frage zu beantworten, ob die Meinungsfreiheit überhaupt gewährleistet werden kann, wenn der Staat oder mächtige Kapitalansammlungen Forschung und Lehre betreiben. Die verlangte Treue zur Verfassung scheint mir eine Knebelung der Meinungsfreiheit zu sein und zudem kontraproduktiv. Es gibt wohl keine Verfassung, die von allen Bürgern und vor allem für alle Zeiten als das realisierte Ideal zustimmungsfähig ist. Eine bestehende Verfassung hat nur so lange eine Existenzberechtigung, wie sie die Herausforderung durch konkurrierende Modelle aushält. Dies setzt aber voraus, daß es legitim ist, für ganz andere Verfassungen zu werben, auch für totalitäre.

Der Artikel 7 (Schulwesen) bedarf einer ausführlichen Diskussion, die an dieser Stelle nicht zu leisten ist. Allein der Schulzwang, der meines Erachtens gar nicht im GG vorgesehen ist, verträgt sich nicht mit der Würde des Menschen. Der Schulzwang ist aber nur das logische I-Tüpfelchen auf einem zentralistischen, kommandowirtschaftlichen Schulsystem, das aus vordemokratischen Zeiten sich in unserer Gesellschaft erhalten hat. 18)

Der Artikel 15 (Sozialisierung) muß ebenfalls auf den Prüf-

stand. Nicht nur, weil Boden und andere Produktionsmittel ökonomisch unterschiedliche Qualitäten haben, sondern besonders weil mit dem geltenden Bodenrecht andere Verfassungsnormen verwässert werden.

Auch das Petitionsrecht im Artikel 17 muß präzisiert werden. Wer es nicht glaubt, sollte sich einmal mit einem allgemeinen dringlichen Anliegen an den Petitionsausschuß wenden. Er wird sich wundern.

Im Artikel 20 steht:

"(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Die Befürworter von Volksentscheiden berufen sich auf diese Verfassungsnorm, die ausdrücklich von Abstimmungen als Instrument der Souveränität des Volkes spricht. Die Gegner, und das sind öffentlich anerkannte Leute, die sich auch als Demokraten verstehen, behaupten nun, dieser Begriff "Abstimmungen" bezöge sich auf ganz andere Sachverhalte. Ich denke, das Volk muß entscheiden, wie der Artikel richtig zu lesen ist und nicht der Bundestag und das Verfassungsgericht.19)

Im Artikel 21 steht:

"(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit."

Aus dieser Mitwirkung haben die Parteien, die seit Jahren in der BRD die politische Macht repräsentieren, ein Monopol gemacht. Wenn der Artikel 21 (1) faktisch und nicht nur theoretisch gelten würde, wären die Bundestagsparteien verfassungswidrige Parteien. Es gibt hier einen Klärungsbedarf. Es geht ja hier nicht um die politische Meinungsbildung, bei der es ja auch keine Chancengleichheit der Bürger gibt, sondern um die Willensbildung, die sich in Gesetzesakten vollzieht. Wie kann gesichert werden, daß der Wähler parteiunabhängige Kandidaten zu Mitgliedern der Parlamente macht?

Es gibt auch die Forderungen, das Recht auf eine Wohnung und auf einen Erwerbsarbeitsplatz in den Grundrechtekatalog aufzunehmen. Es ist eine sympathische Forderung, die aber ihre Tücken hat. Der Mangel an Wohnungen und an Arbeitsplätzen ist ein Beweis für Störungen in der Ökonomie. Verpflichtet die Verfassung den Staat jedem Bürger eine Wohnung und einen Arbeitsplatz zu geben, und nicht die Störungen zu beseitigen, die zu diesem Mangel, der für die Betroffenen einer Minderung ihrer Grundrechte gleichkommt, hervorgerufen haben, dann kann er das nicht ohne Eingriffe in die Rechte anderer Bürger tun. Der Staat muß dann zu Zwangsverwaltungsmaßnahmen greifen. Was das Requirieren von Wohnraum bedeutet und bewirkt, wissen diejenigen, die den Krieg und die Nachkriegszeit miterlebt haben. Und staatliche Arbeitsplatzbeschaffung kann im Extremfall bedeuten, daß der Arbeitende den ganzen Tag Sand hin und her schütten muß, was schon konkret vorgekommen ist und mit der Würde des Menschen nicht vereinbar ist.

Im Juni 1976 habe ich in den "SG-Kommentaren ..." unter dem

Titel "Jugendarbeitslosigkeit - eine soziale Seuche?" geschrieben:

"Der Bundesverfassungsrichter und evangelische Kirchentagspräsident Dr. Helmut Simon hat die Gleichstellung von 'Recht auf Arbeit' mit dem klassischen 'Recht auf Eigentum' befürwortet, heißt es in der 'Kölner Rundschau' vom 22.3.76. Diese Forderung stellen wir schon lange, weil sie sich mit den von uns angebotenen Reformvorschlägen realisieren läßt. Nur eins muß man dabei klar sagen, das Recht auf Arbeit kann nicht bedeuten, ein Anrecht auf bestimmte Positionen zu besitzen. ..."

Unter "uns" sind in diesem Fall die Einzelpersonen und Vereinigungen zu verstehen, die sich oft gegen erhebliche Widerstände und die Verbreitung und Vertiefung der Erkenntnisse der Freiwirtschaftsschule (oder um mit einem anderen Begriff zu erläutern - der Natürlichen Wirtschaftsordnung) bemüht haben.

Die Verfassung müßte, um dem Anspruchsproblem auf Wohnung und Arbeit gerecht zu werden, Legislative und Exekutive binden, diese Problem nicht nach "neuestem Stand der Technik", sondern nach neuestem Stand der ökonomischen Erkenntnisse zu lösen. Um dem Parlament und der Regierung aber nicht den bequemen Fluchtweg zu eröffnen, der zur Insel "die herrschende Lehrmeinung" führt, müßte der Verfassungsauftrag mit dem Gebot der Prüfung aller Lösungsangebote gekoppelt werden.

Die Bereitschaft, den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen ist inzwischen wohl groß.

Neu definiert werden müssen die Grenzen der Kompetenz zwischen Kommunen, Ländern und Bund. Ebenso ist es erforderlich, eine neue föderative Finanzverfassung zu schaffen. Wobei man sich gleich von der Illusion lösen kann, eine rationale und rationelle staatliche Haushaltsführung sei verträglich mit dem Einsatz (Mißbrauch) der öffentlichen Haushalte zur fiskalpolitischen Konjunktursteuerung.

Um Interessenkollisionen, Selbstbedienung und Verfälschung der Demokratie vorzubeugen, müssen die Verabschiedung des Wahlrechtes, der Parteienfinanzierung und die Bestimmung der Höhe der Diäten aus der Kompetenz der Parlamente herausgenommen werden.

Um die Gewaltenteilung herzustellen, wäre es erforderlich zu bestimmen, daß kein Mitglied der Exekutive (im möglichst weiten Sinn) Mitglied eines Parlamentes sein darf. Um der Blockbildung in den Parlamenten entgegen zu wirken, die Parlamente von ihrem faktischen Status als Legitimationsmaschine der Exekutive zu befreien und die jeweilige Opposition von der Rolle des Wachhundes an der Kette ohne Gebiß zu erlösen, wäre es am sinnvollsten, Regierung und Parlament getrennt direkt durch das Volk wählen zu lassen.

Es gilt aber auch die Judikative, die Rechtsprechung direkt der Souveränität des Volkes zu unterstellen, um sie aus dem Schatten der beiden anderen Staatsgewalten herauszuholen. Dies ist dadurch möglich, daß die Richterschaft durch das Volk über einen anderen Strang als die Parlamente gewählt wird. Das könnte z.B. so geschehen: Die Kommune wählt einen Richterwahlausschuß, der die Amtsrichter wählt. Die kommunalen Richterwahlausschüsse wählen einen Landesrichter-

wahlausschuß, der die Richter an den Landesgerichten (Landessozialgericht, -arbeitsgericht und -Verfassungsgericht) und die Landesrichterwahlausschüsse wählen einen Bundesrichterwahlausschuß, der alle Bundesrichter und die Richter am Bundesverfassungsgericht wählt. Die Frage, wer eigentlich bestimmt, wer Richter an welchem Gericht werden kann, lasse ich hier offen. Es gibt auch verschiedene Verfahrensmöglichkeiten. Bei demjenigen, der sich gegen eine Neuordnung der Rechtsprechung wehrt, kann man vermuten, daß er entweder Macht oder Privilegien verteidigt.

Am Schluß angelangt, will ich aber mit dem Rat enden, mit dem ja meine Ausführungen begonnen haben. Gerhard Biederbeck beschwerte sich über die mangelnde Neutralität von Bürgermeister Henry Hahn als Leiter der Ratsversammlung gegenüber dem Anliegen des Bürgerantrages. Sicher: ein Bürgermeister, ein Ministerpräsident oder Kanzler sind jeweils Vertreter aller Bürger. Aber können sie neutral sein? Ich denke, sie werden gewählt, weil sie ein bestimmtes politisches Profil haben. Das kann in Ausnahmefällen ein neutralistisches Profil sein. Meistens aber werden sie gewählt, weil sie ein bestimmtes parteiisches Profil haben.

Wenn man von einem Bürgermeister verlangt, daß er neutral sein soll, so verlangt man von ihm, daß er eine politische Selbstkastration vornehmen soll. Das Problem, daß Biederbeck zu seiner Klage Anlaß gab, ist doch, daß der Bürgermeister in Niedersachsen dem Rat als Versammlungsleiter vorsteht. Der Rat braucht also einen neutralen Versammlungsleiter, und das kann eben nicht der Bürgermeister sein, der eben zur Exekutive und nicht zur Legislative gehört. Daher ist zu fragen, ob nicht in Niedersachsen wie auch in anderen Bundesländern die Funktionen von Bürgermeister und Stadtdirektor in einer Person als Wahlbeamter zusammengelegt werden sollten.

Da ich die Reformfreudigkeit der Parlamente auf den Ebenen der Kommunen, der Länder und des Bundes nicht sehr hoch einschätze, wenn ihnen nicht von Bürgerebene "Dampf" gemacht wird, formuliere ich die Schlußfragen, die ich zur schnelleren Orientierung an den Anfang dieses Textes stelle.

Nachtrag: Im Anhang von "Ezra Pound, Gelehrter, Dichter, Rebell" von Bruno P. Schliephacke las ich den Hinweis, "daß schon John Adams, der zweite amerikanische Präsident, das Grundübel des nachfeudalistischen Systems ... erkannt hatte: 'All die Bestürzungen, Verwirrungen und Enttäuschungen entstanden in Amerika nicht von Fehlern in der Verfassung ... vielmehr ungewöhnlicher Mißachtung der Natur der Münzen, des Kredits und der Zirkulation'..."

Durch diese Textstelle wurde ich daran erinnert, daß ich vergessen habe, darauf hinzuweisen, daß dringend der Artikel 88 GG überprüft werden muß. Der Artikel 88 lautet: "Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank." Kürze kann Ausdruck von Klarheit der Verfasser sein. Mir scheint aber, dieser Artikel wurde von der Ahnungslosigkeit diktiert. Ich kann mein Urteil an dieser Stelle nicht begründen und verweise deshalb auf meine im Anhang angeführte Arbeit "Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik", die als Brief (Oktober 1989, 31 Seiten + Anhang) an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank entstanden ist.

Endnoten

1) Die Marxschen Themen sind deshalb noch aktuell, weil die Probleme immer noch nicht gelöst sind. Das Scheitern des "realexistierenden Sozialismus" hat ja nicht Kapitalismusfragen beantwortet. Die zu lösenden Probleme liegen auch nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch bei uns. Bezüglich der Dritten Welt möchte ich auf eine Veröffentlichung von Helmut Creutz hinweisen, die unter dem Titel "Die Dritte Welt wird immer ärmer! - Wo liegen die Ursachen? Was ist zu tun? Wo muß man ansetzen? - Versuch einer weitergreifenden Analyse" veröffentlicht in der "Zeitschrift für Sozialökonomie" 86.Folge, Sept. 1990 veröffentlicht wurde. Bezug: Siehe unter Anschriften "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft"

2) "Von den Dächern flogen Gehwegplatten auf Polizisten - Brutaler als in Kreuzberg: Die Schlacht von Friedrichshain" und "Der Erich hätte schon dazwischengeknüppelt" diese Schlagzeilen vom 14. 11. '90 in der HAZ und andere zeigen ganz deutlich:

- a) Grundprobleme der Sozialökonomie sind noch nicht gelöst.
- b) Die Bekämpfung einer Politik mit der gewaltlosen Gewalt, die als Unrecht zeugend empfunden wird, wurde nicht eingeübt.
- c) Daß ein Zusammenhang zwischen der Verteidigung von Interessen und Rechten durch den Staat mittels Gewalt und dem Einsatz von Gewalt durch Sondergruppen, wie die militanten Hausbesetzer besteht. Mich würde es nicht wundern, wenn bei einer Untersuchung herauskäme, daß ein Teil der Hausbesetzer das Kämpfen bei der Bundeswehr gelernt hat.
- d) In bedrohlichen Situationen, für die keine soziale Verteidigungsstrategie erarbeitet wurde, wird die Sehnsucht nach dem starken Mann wach.

3) Auch im Bürgerkrieg in Indien sind nach meiner Einsicht die religiösen Motive für Mord und Totschlag nur die Fahnen unter denen man sich sammelt, um die destruktiven Aggressionen, die der leere Magen und das durch ökonomisches Unrecht gedehmütigte Herz produzieren, kämpfend abzureagieren. Mit einem sich füllenden Magen wächst die Toleranz.

So wie im unregelmäßigen Straßenverkehr sich bei zunehmender Verkehrsdichte sich entweder ein Links- oder Rechtsverkehr durchsetzt, so scheint mir, kommt es auch in einer Gesellschaft mit zunehmender Zahl ungelöster Konflikte zur Auflösung des friedlichen, scheinbaren Durcheinanders und zur Bildung zweier Haupt-Ströme, die gegeneinanderlaufen, sich anfangen zu reiben und schließlich kriegereisch aufeinanderprallen. Böten sich die Religionen Hinduismus und Buddhismus nicht für die Benennung dieser Bürgerkriegsströme an, wären es Konfessionen oder andere Merkmale, die eine Spaltung der Gesellschaft jeweils erleichtern.

4) Ich kann mich aber nicht rühmen, seine Arbeit mit mehr als einer Unterschrift und vielleicht aufmunternden Worten unterstützt zu haben.

5) Es gibt in Israel auch Gruppen und Einzelpersonen, die eine Aussöhnung mit den Palästinensern suchen. Josef Abileah, zu dem ich früher brieflichen Kontakt hatte, ist der

Kopf einer Gruppe, die ein Konföderation zwischen Israel und den Nachbarn anstrebt. In diesen Tagen erhielt ich einen Veröffentlichungshinweis: "ISRAELI PACIFIST, The Life of Joseph Abileah, Anthony G. Bing, Foreword by Yehudi Menuhin, Juni 1990, 0 8156 2488 3, Published by Syracuse University Press. Adresse der Gesellschaft siehe Anschriften.

6) Wenn man eine politische Karriere machen will, darf man auch heute das Thema "Faschismus" nicht so angehen, wie ich es hier tue. Tunlichst meidet man das Thema überhaupt oder man bewegt sich nur ungefährlich innerhalb von Sprachregelungen. Dabei besteht bei mir auch gar kein Zweifel darüber, daß das Naziregime Tod und Verderben für Millionen von Menschen gebracht hat und wir alles Sinnvolle tun müssen, damit sich in der von uns beeinflussbaren Zeit solches nicht wiederholen kann.

1983 wurden einem Mitglied der GRÜNEN, Jahrgang 1898, Unterzeichner des ersten Aufrufes zur Gründung einer grünen Partei, aufgrund eines Flugblattes faschistische und ultrarechte Tendenzen vorgeworfen. Weil ich diese Vorwürfe in einer Stellungnahme zurückgewiesen und mich dabei nicht an gängige Klischees über die Entstehung des Nationalsozialismus gehalten habe, war dann in der Zeitung zu lesen: "Grüne wollen Abromeit aus Partei ausschließen - 'Gefährliche Verharmlosung des Nationalsozialismus' vorgeworfen". Zur Ehrenrettung der Partei DIE GRÜNEN sei gesagt, daß das Parteischiedsverfahren auf Bundesebene zu meinem Gunsten entschieden wurde. Aber vor Diffamierungen durch politische Piraten, die unter der Antifaschismusflagge segeln und ein ursprünglich ehrlich gemeintes Anliegen in Verruf bringen, ist man nicht sicher. Mit meiner Arbeit "Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - Erstellt zum Programmparteitag der GRÜNEN im März 1980" finde ich mich wieder auf einer Liste "Ausgewählte Literatur zu den Themenbereichen: Konservative, neonationalistische, rassistische und faschistoide Tendenzen und Einflüsse im Umfeld der 'neuen sozialen Bewegungen' - Mit: 'Öko-Konservatismus', 'Öko-Rassismus' & 'Ökofaschismus'". Es ist töricht und unverschämt, Konservative in einem Zuge mit Rassisten und Faschisten zu nennen. Wo ich mich aber dort einsortieren sollte, weiß ich nicht. Die Liste schließt mit folgendem Hinweis:

"Zusammengestellt für die 9. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen, Essen, 17. September 1988;

Arbeitsgruppe: Die schwarz-grün-braunen Naturbehüter - Antifaschistische Abgrenzung in der Umweltbewegung gegen offene und verdeckte Unterwanderung von rechts

Von: Hans Peter Hellermann (Dipl.Päd.); ... D-7400 Tübingen; Mitarbeiter des AK Antifaschismus (Rechtsentwicklung, Rassismus und Neofaschismus) der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht der GRÜNEN".

Ich frage mich immer wieder ohne eine Antwort zu finden: "Ist das politische Denk- und Bewertungsvermögen von Menschen wie Hellermann ideologisch total verbogen oder stehen (standen) sie auf der Gehaltsliste des Stasi oder anderer Organisationen, deren Ziel es ist (war) durch gezielte Desinformation politische Verwirrung und Zwist unter politisch engagierten Leuten zu erwirken. Ich vermute, daß mit dem von politisch Aktiven gefürchteten Vorwurf "faschistoid" zu sein oder "faschistische Tendenzen" zu vertreten, sowohl die Ana-

lyse des Faschismus und des Kapitalismus als auch die politische Meinungsbildung lenkend beeinflußt werden soll.

7) Im Rahmen eines Interviews, das am 9. November 1990 vom DFF II in der Sendung "Tage im November" ausgestrahlt wurde, sagte der Neo-Nazi Kühnen (so die HAZ vom 9. 11.) gegenüber Marcel Ophus (der als Jude 1933 mit seinen Eltern vor den Nazis floh) singgemäß: Es ist ganz klar, daß der Zulauf zu uns und unsere politische Bedeutung, wesentlich abhängig ist von einer negativen Entwicklung der sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Es sind aber besonders die "antifaschistischen" Bürger, die Lösungen unserer sozialökonomischen Probleme durch eine Verhinderung einer offenen Ökonomiediskussion verzögert haben.

8) Siehe dazu mein Beitrag "Die Lücke im Tagungsprogramm", Loccumer Protokolle 8/'87 zur Tagung "Bürgerwille und Parteienherrschaft".

Kontaktadresse BI Volksentscheid siehe Anschriften

9) Beim Thema Volksentscheid wird meines Erachtens zu wenig bedacht, daß es hier um eine Frage des Ausbaues und der Sicherung der Freiheit geht. Freiheit setzt die Abwesenheit von Monopolen voraus. Auch wenn man die repräsentative, parlamentarische Demokratie bejaht, muß man dafür sorgen, daß die gesetzgebenden Parlamente unter Wettbewerbsdruck gesetzt werden können. Der Volksentscheid wäre ein Instrument des Wettbewerbes. Es darf doch einfach nicht übersehen werden, daß die Abgeordneten in ihren Entscheidungen auch von persönlichen Interessen bestimmt werden. Das Berufsbeamtentum z.B., kann kaum mit einem Parlament abgeschafft werden, das durch die hohe Zahl seiner Mitglieder mit Beamtenstatus regelrecht "verseucht" ist.

10) Rudolf Zitzmann hat ein Konzentrationslager der Nazis überlebt und wurde im Nachkriegsdeutschland nach eigenen Aussagen in seiner verlegerischen Arbeit behindert.

11) Auch hier besteht ein örtlicher Bezug: Walker hatte mit uns vereinbart, daß er Anfang 1976 bei uns im Hause ein Arbeitsquartier erhält. Leider verstarb er aber am 5. 12. 1975 in Berlin. Bemerkenswert an Walker ist, daß er sein Lebens-thema "Die Ökonomie" und hier wiederum speziell das Thema "Währung" als Arbeiter in einer Druckerei entdeckt hat und ein umfangreiches wissenschaftliches Werk hinterlassen hat, ohne selbst die Chance gehabt zu haben, eine Akademie oder Universität zu besuchen.

Dr. Hanns Linhardt, ehemals Professor an der Universität Münster, nannte Walker im positiven Sinne einen Privatgelehrten. Er schreibt in einer Gedenkschrift für Walker:

"Es entspringt meiner Hochachtung gegenüber Karl Walker, wenn ich dies aus voller Überlegung und in genügendem Umfang tue, denn gerade darin verstehe ich als Vertreter des Professoriums die eigentliche Rolle und die spezifische Leistung Karl Walkers auf seinem engeren Arbeitsgebiet, dem er Jahrzehnte seines Lebens und Schaffens gewidmet hat, ohne jemals in Neid und Mißgunst denen gegenüber erfüllt zu sein, die es in jeder Hinsicht leichter hatten, den Weg zur Öffentlichkeit zu finden, und die nur allzu oft diesen Weg in die Richtung gehen, die ihnen Vorteil und Anerkennung ver-

spricht, statt im ernststen Meinungsstreit die unbequemere, wenn auch richtigere Position einzunehmen. Ganz anders Karl Walker. Was er schriftlich von sich gab, was er der Öffentlichkeit anvertraute, war in seinem Inneren durchdacht und abgewogen, daß es auch dem unverbildeten Verstand zugänglich war, dem Fachverstand beachtlich erscheinen mußte."

Walker war Mitglied der SPD und als solches im Stadtrat von Altenahr. Das, was Walker seit 1931 zu sagen hatte, ist innerhalb der großen SPD zu ihrem eigenen und des Volkes Schaden nie gängige Münze geworden.

12) Nach der Idee des föderativen Aufbaues von Gesellschaft und Staat hat die Gesamtheit des Volkes aber nicht das Recht, die Untergliederungen zu vergewaltigen. Daher genügen für Regelungen - die alle betreffen - nicht einfache Mehrheiten, eine Zustimmung mit einer Zweidrittelmehrheit sollte das Minimum sein. Eine weise Gestaltung der Staatsform achtet auch darauf, daß es möglichst wenig unterlegene Minderheiten im politischen Alltagsgeschäft gibt. Dies kann dadurch erreicht werden, daß auf das Prinzip Mehrheitsentscheidung überall dort verzichtet wird, wo eine Regelung der betreffenden Angelegen mittels des Rechtsinstrumentes Vertrag einvernehmlich geregelt werden kann.

13) In dem "Informationsdienst für direkte Demokratie" Nr. 11/1990 (siehe Anschriften) ist zu lesen:

"In einer Broschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung unter dem Titel 'Der Einigungsvertrag - DEUTSCHLAND IST EINS' ist festgehalten:

'Dem Parlament des vereinten Deutschland wird empfohlen, sich innerhalb von 2 Jahren mit Fragen der Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen. Das soll besonders gelten für das Verhältnis Bund und Länder, die Neuordnung des Raumes Berlin/Brandenburg, Staatszielbestimmungen und die Frage einer Volksabstimmung über eine künftige Verfassung. Eine Kommission soll mit Entwicklungsarbeiten zu diesen Fragen beginnen.

Dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit bleibt die Möglichkeit erhalten, in freier Entscheidung an die Stelle des Grundgesetzes eine neue Verfassung zu setzen.'

Das ist zwar noch sehr vage, zeigt aber, daß die unermüdlichen Bemühungen der Bewegung für direkte Demokratie allmählich wirken. Außer der CDU/CSU sind inzwischen neben den außerparlamentarischen Gruppen auch alle Parteien zu positiver Einstellung eingeschwenkt."

Und an anderer Stelle wird aus der Zeitung "DAS PARLAMENT" (Nr. 40-41 28. September/5. Oktober 1990) der Abgeordnete der Grünen im Bundestag, Gerald Häfner (33, Lehrer, Lindau), u. a. mit folgenden Worten zitiert:

"Dieser Einheitsvertrag liest sich wie eine Liste verpaßter Chancen; denn die Chancen, am Anfang einer neuen Ära neu zu gestalten, wären groß gewesen. Im Vertrag aber sind Dinge festgeschrieben worden, die der Diskussion in Öffentlichkeit und Parlament und der demokratischen Gestaltung dringend bedurft hätten. Diese Diskussion konnte nie stattfinden.

Es war eine Vereinigung von oben. Es wurde im Bundestag und in der Volkskammer noch nicht einmal richtig diskutiert, weil die Tausende Seiten von Texten, Gesetzen und Anlagen von niemanden hier im Hause, wenn wir ehrlich sind, wirklich geprüft und diskutiert werden konnten. Es war und ist eine Vereinigung der Behörden und der Apparate, aber nicht - noch nicht - der Bürger.

Deswegen haben die Beamten, die den Vertrag formuliert haben, auch gleich das Beamtentum festgeschrieben, obwohl es bei uns eine jahrelange Diskussion über die Überwindung des Berufsbeamtentums gibt und uns die EG eine Frist nur noch bis 1992 eingeräumt hat, um den öffentlichen Dienst auch für Nichtdeutsche zugänglich zu machen."

14) Am 26. September 1990 habe ich an das Bundesverfassungsgericht geschrieben. Meine Anfrage hatte u.a. folgenden Wortlaut:

"So wie die Vereinigung von BRD und DDR läuft, sieht es aus, daß der Artikel 146 des Grundgesetzes einfach gestrichen wird. Was ich für eine Art Staatsstreich halte. Sind inzwischen Feststellungsklagen anhängig, die zum Inhalt haben, daß das Bundesverfassungsgericht feststellen soll, daß weder der alte noch der neue zu wählende Bundestag das Recht hat (auch nicht mit Zweidrittelmehrheit) den Artikel 146 außer Kraft zu setzen, sondern dafür zu sorgen hat, daß ein vom Volk gewählter parlamentarischer Rat eine Verfassung auszuarbeiten hat, die dann vom ganzen wahlmündigen Volk durch Zustimmung in Kraft gesetzt wird?"

Der Präsidialrat des Bundesverfassungsgerichtes antwortete mit Schreiben vom 17. 10. 1990 u.a. "Feststellungsklagen zu dem in Ihrer Eingabe unter Ziffer 2a vorgetragenen Sachverhalt sind hier nicht feststellbar. ..."

15) Beiträge zum wirklichen föderalistischen Aufbau des Bildungswesens in "Fragen der Freiheit", herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung, siehe unter Anschriften

16) Analoges gilt auch für den Bereich der Bildung, der sozialen Sicherung und der sozialen Dienste.

17) Die beste Wettbewerbspolitik wäre, die ökonomischen Grundstörungen unserer Wirtschaft auszuräumen. Z.B. dürfte sich empirisch belegen lassen, daß in einer Situation der Vollbeschäftigung, wo ein intensiver Wettbewerb um Arbeitskräfte stattfindet, Benachteiligungen im Sinne Artikel 3 (3) wesentlich weniger vorkommen als in einer Situation der Unterbeschäftigung.

18) Zu den Themen Bildungsfreiheit, Schulverweigerung und Überwindung des Schulzwanges ist eine Kontaktadresse das Büro für Bildungsfreiheit, siehe Anschriften.

19) Zum Thema Volksentscheid siehe auch Endnoten 8) und 9).

L I T E R A T U R

I. Direkter Bezug zur vorliegenden Arbeit
.....

- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- Niederschriftschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. am Donnerstag, dem 4. Oktober 1990 ...
- Jörg Calließ, Herausgeber, "Bürgerwille und Parteienherrschaft", Loccumer Protokolle 8/87
- Karl Hahn, "Föderalismus - Die demokratische Alternative" 1975, München
- Peter Kafka, "Das Grundgesetz vom Aufstieg", 1989, München
- Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325 - 1382) "Traktat über Geldabwertungen" Hrsg. Edgar Schorer, 1937, Jena
- Ezra Pound, (1885 - ?) "Usura - Cantos XLV und LI", Hrsg. Eva Hesse, 1985, Zürich
- Fritz Schwarz, "Das Experiment von Wörgl", 1951/83, Bern
- Karl Walker, "Das Geld in der Geschichte", 1959, Lauf
- Hans Weitkamp, "Das Hochmittelalter - ein Geschenk des Geldwesens, 1985, CH Hilterfingen

II. Zeitschriften
.....

"Fragen der Freiheit", Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. D-7325 Boll, Badstr. 35

"Informationsdienst für direkte Demokratie", Herausgeber Wolfgang Lohmüller, Franz-Josef-Straße 16, 8000 München 40

"Zeitschrift für Sozialökonomie", Kontakt: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e.V., Postfach 1550, D-3410 Northeim

III. Arbeiten im Hinblick auf den Wandel in Osteuropa
.....

- Helmut Creutz, "Quo vadis DDR und Bundesrepublik? - Gibt es einen Dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus?", 1990
- Hans Kühn, "Die Krankheitsgeschichte der Menschheit"
- Dirk Löhr, "Freiwirtschaft: Ein Ausweg aus dem Planungschaos - zur wirtschaftlichen Umgestaltung der osteuropäischen Staaten - ", 1990
- Werner Onken (und weitere Mitunterzeichner), "Offener Brief an die ReformerInnen in Osteuropa - Gedanken zu

einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" , 1990

- Elimar Rosenbohm, "Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR - Konsequente Marktwirtschaft, absolut stabiles Geld - Null-Inflation, Währungsreform statt Währungsunion, Sparerenschutz, wie funktioniert das Geld?, Bodenrecht für die DDR

IV. Zum Gedächtnis

.....

Dr. jur. Dieter Suhr, geb. am 7. 5. 1939 verunglückte am 28. 8. 1990 auf Kreta. Er war Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik der Universität Augsburg. Probleme des Rechtes und der Ökonomie sind häufig eng miteinander verzahnt oder bedingen sich so gar gegenseitig. Vielleicht hat er ökonomische Themen deshalb aufgegriffen, weil ihm die Ergebnisse der Arbeiten der Kollegen aus der ökonomischen Faktität zu unbefriedigend waren im Hinblick auf die Lösung rechtlicher Probleme. In seinem ersten - mir bekannten - ökonomischen Buch steht die Widmung "Jobst von Heynitz der mich auf die Spur gesetzt hat". Von Heynitz ist ebenfalls Jurist und Mitarbeiter im Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. In der Einleitung schreibt Suhr: "Ich habe mich sehr bemüht, dieses Buch so zu schreiben, daß jeder es verstehen kann, der nur genügend Neugierde für die Sache mitbringt und auch entschlossen ist, hier oder dort einmal eine kleine Anstrengung beim Lesen auf sich zu nehmen, wenn eine ungewohnte Einsicht nicht auf Anhieb plausibel anmutet. ..." Und er endet seine Worte an den Leser mit: "Augsburg, den 18. Mai 1983: im Jahr des 100. Todestages von Karl Marx und des 100. Geburtstag von Maynard Keynes." Ich halte die Arbeiten von Suhr für eine wertvolle Hilfe für die Bewältigung unserer Gegenwartsprobleme und für die Gestaltung der Zukunft.

Eine unvollständige Liste der Bücher von Dieter Suhr:

- "G E L D ohne Mehrwert, Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten", 1983, Fritz Knapp Verlag
- "Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus - Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Ver-nunft", 1986, Basis Verlag
- "Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft - Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms, in: "Wachstum bis zur Krise, 1986 Basis Verlag
- "Gleiche Freiheit - Allgemeine Grundlangen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft, 1988, Mette Verlag
- "Der Kapitalismus als monetäres Syndrom - Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie", 1988, Campus Verlag

V. Weitere Arbeiten vom Verfasser der vorliegenden Schrift
.....

- "DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)", 1980
- "Die freie Berufs-Bildungs-Assoziation - Ein möglicher Ausweg aus Hoffnungslosigkeit -", 1982
- "Trainieren und Starten
 - ist das Angebot einer Maßnahme zur Wiedereingliederung von Erwerbslosen (= Arbeitslosen) in das Wirtschaftsleben durch neue Arbeitsplätze, die durch Unternehmensgründungen von Erwerbslosen geschaffen werden.
 - Es ist gleichzeitig ein Beitrag zu Innovation im unternehmerischen und gesellschaftlichen Bereich", 1986 1)
- "Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik - ein Brief an die Mitglieder des Bundestages, 1988 (rd. 100 S.) 2)
- "Glasnost und Perestrojka in der Währungspolitik - Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank", 1989 3)
- "Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung - für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus", Dez. 1989

1), 2) und 3) sind nur in fotokopierter Form im Umlauf gekommen.

A n s c h r i f t e n

Bernd Bartmann / Büro für Bildungsfreiheit,
~~Zirngiblistraße 14, D-8400 Regensburg~~ *Landweg 5, Schellerau*

IDEE-Initiative DEMokratie ENTwickeln e.V.
~~Prinz-Abert-Straße 43, 5300 Bonn~~ *Fritz-Blume-Str. 7, 87247 München*
Telef. 089 1827 7774

Initiative "Jetzt reicht's"
Hochbuchweg 23, 8991 Achberg

Forschungsstelle für regionale Militäranalyse
(Gerhard Biederbeck), Fritz-Blume-Weg 32,
3057 Neustadt 1

Freiwirtschaftliche Bibliothek - Wissenschaftliches Archiv -
Steenkamp 7, 2930 Varel 2

Freunde der Gesellschaft für Nahost-Konföderation
c/o Aaron Kamis-Müller
Avenue de la Rochelle 8, CH-1008 Prilly

Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher
Länder, Haus der Demokratie,
Friedrichstr. 165, DDR - Berlin 1080

Moor- und Fehnmuseum Elisabethfehn (Gemeinde Barßel)
Oldenburger Str. 1, 2914 Elisabethfehn, T.04499/2222

Bezugsquelle

So weit ihr örtlicher Buchhändler ihnen die angeführten
Schriften und Bücher nicht besorgen kann ist der

H U G-Versand, Werner-Voß-Damm 54, D-1000 Berlin 42

behilflich. (Bücher- und Schriftenverzeichnis anfordern!)

Der große Schritt: eine wirkliche Währungsreform

Für die *Produktion* der Güter sorgt
der freie Mensch mit seinem Geist und
seiner Arbeitskraft,

für die *Verteilung* der Güter und
Dienstleistungen sorgt *der freie Markt*.

Für das optimale Funktionieren des
Marktes aber braucht es ein *nichtkapi-
talistisches Tauschmittel*,
ein neues Geld:

Ein Geld,
*das nicht gehortet wird, nicht streikt
und damit keine Krisen mit Arbeits-
losigkeit erzeugt.*

Ein Geld,
*das nicht die Arbeitenden über den
Zins zugunsten der Großvermögen
ausbeutet.*

Ein Geld,
*das nicht die Entwicklung zu Mam-
mutgebilden und Multis fördert.*

Ein Geld,
*das nicht über das Zins- und Zinses-
zinssystem den Wachstumszwang
der Wirtschaft bis zum Kollaps be-
dingt.*

Werner Rosenberger
Präsident der INWO (Internationale Vereni-
gung für Natürliche Wirtschaftsordnung)

„Die Uhr des Kommunismus ist abgelaufen“

Sowjetische Zeitung veröffentlicht Manifest für Rußland von Alexander Solschenizyn

Moskau (dpa)

In einer Auflage von 22 Millionen ist am Dienstag in der Sowjetunion ein Manifest des russischen Schriftstellers und Nobelpreisträgers Alexander Solschenizyn für die Zukunft Rußlands veröffentlicht worden. In einer 16seitigen Beilage zur Tageszeitung „Komsomolskaja Prawda“ unter dem Titel „Wie richten wir Rußland richtig ein“ fordert der 1974 ausgebürgerte und im US-Exil lebende Dichter eine sofortige Trennung von den nichtslawischen Republiken und einen totalen Machtverzicht der Kommunisten. Die Perestroika bezeichnete er als „lärmend“ und „verworfen“.

„Die Uhr des Kommunismus ist abgelaufen, aber der Betonbau ist noch nicht eingestürzt, und wir laufen Gefahr, an Stelle der Befreiung von seinen Trümmern zerquetscht zu werden“, schreibt Solschenizyn. „Siebzig Jahre lang haben wir uns hinter der sich blind gebärdenden und bö-

artigen marx-leninischen Utopie hergeschleppt und dabei ein Drittel unserer Bevölkerung unter das Beil geliefert oder dem stümperhaft durchgeführten, sogar selbst vernichtenden ‚vaterländischen‘ Krieg geopfert.“ Nachdrücklich verlangte der Schriftsteller eine sofortige Trennung von den zwölf nichtslawischen Republiken der Sowjetunion. Gemeinsam sollten die in Rußland, Weißrußland und der Ukraine lebenden Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen eine russische Union schaffen.

In vielen „Randrepubliken“ seien „die Fliehkräfte bereits im Gange, so daß sie ohne Gewalt und Blut nicht zum Halten gebracht werden können“, meinte er. Die UdSSR werde ohnehin auseinanderfallen: „Eine richtige Wahl haben wir nicht. Wir müssen nur schnell genug sein, um dem Unheil zuvorzukommen, damit die Spaltung ohne unnötiges Leid geschieht.“

Zur Frage der Finanzierung von Rußlands Zukunft schlug der Dichter eine Ein-

stellung der Hochrüstung, der billigen Rohstofflieferungen an Osteuropa, und das Ende der Hilfe für die „unfähigen, tyrannischen Regime ... diese bodenlosen Diebe unseres Reichtums - Kuba, Vietnam, Äthiopien, Nordkorea“ vor. Zudem erwähnte er den „unübersehbaren Besitz“ der sowjetischen kommunistischen Partei: „Sie haben in den 70 Jahren genug Volkseigentum geraubt, jetzt ist Schluß.“

Keine Lösung versprachen die „bald sechs Jahre der viellärmigen Perestroika, die läppischen Umstellungen im ZK, das Zusammenzimmern eines häßlichen, künstlichen Wahlsystems, ... fehlerhafte, verworrene und unentschlossene Gesetze“. „Wir werden nichts Rechtes erreichen, solange die leninsche KP nicht nur schlechthin einen Punkt der Verfassung preisgibt, sondern sich voll von jeglichem Einfluß auf das Wirtschafts- und Staatsleben entfernt“, erklärte Solschenizyn.

Der Autor mahnte zur Vorsicht bei der

Einführung von Privateigentum, vor allem bei Grund und Boden, damit das Land „wirklich in die Hände der Bauern und nicht der Spekulanten gerät“. Angesichts „unserer völligen politischen Unerfahrenheit“ müssen nach Ansicht Solschenizyns im künftigen Rußland einige Elemente des bestehenden Staatsaufbaus zumindest vorübergehend bewahrt werden. Hier könne sich das „bereits geschaffene Statut einer potentiell starken Präsidentenmacht für lange Jahre als nützlich erweisen“, meinte er.

Die Veröffentlichung des Artikels kam zustande, nachdem sich die „Komsomolskaja Prawda“ ohne Kenntnis des Inhalts zum vollständigen Abdruck bereit erklärt hatte. Als Solschenizyn Zweifel daran anmeldete, ob sich in der Sowjetunion genügend Papier dafür finde, sprang die russische Regierung unter Ministerpräsident Iwan Silajew ein und ließ das Papier anliefern.

Leserbrief:

Ich kam vor etwa sechs Wochen in die Vereinigten Staaten. Noch einen Monat zuvor studierte ich in den Archiven des Auschwitz-Museums. Der in der »New York Tribune« am 16. November veröffentlichte Leserbrief von Edward J. Toner machte mich wegen seiner unbedacht zusammengewürfelten antisemitischen Fakten, verbunden mit einer Mischung aus Übertreibungen, betroffen.

Als junger, 30jähriger Pole, versichere ich Ihnen, daß nur ganz wenige Häftlinge der Lager Auschwitz und Birkenau von den Deutschen getötet wurden. Auf der anderen Seite starben viele, zu viele - etwa 100.000 - hauptsächlich an Epidemien wie Typhus, Ruhr, TB und Unterernährung.

Dieses Schicksal teilten etwa 100 von 1000 Angehörigen des Lagerpersonals. Der Einsatz als SS-Angehöriger in Auschwitz war weit gefährlicher als beispielsweise der Einsatz an der Westfront.

Niemand der im Auschwitz-Museum Beschäftigten glaubt an die von unserem Direktor K. Smolek bezifferte und von der UdSSR 1949 festgesetzte Opferzahl von 4.000.000. Auch glaubt niemand an die kürzlich von Professor Y. Bauer, Jerusalem, propagierte Zahl von 1.700.000 noch glaubt jemand an die von Professor R. Hilberg, Vermont, favorisierte Zahl von 1.500.000.

Wie auch immer, jeder Führer im Auschwitz-Museum erzählt den Menschen, wenn sie in Touristenströmen in unser an harter Währung ausgehungertes Land aus Israel und Deutschland kommen, immer das Gleiche. Geschichten von Auschwitz zu erzählen bedeutet Resultate erzielen. Und sei es nur auf einer ganz persönlichen Ebene wie beispielsweise ein 25 Cents Trinkgeld, was nicht weniger als einen Halbtagslohn in polnischen Sloty ausmacht, legt man das Einkommen eines durchschnittlich verdienenden Lagerführers zugrunde.

Im privaten Kreis reden wir von den noch vorhandenen täglichen Statusberichten des Lagerkomplexes Birkenau vom 15. Mai 1944, welche 7.000 Insassen als arbeitslos, 4.000 als krank und 3.000 als dauernd behindert auflisteten.

Zufälligerweise versuchen offizielle Historiker der Welt glauben zu machen, daß an just demselben Tag etwa 15.000 gesunde, starke und frische ungarische Juden vergast und kremiert wurden, währen die ohnehin dahinsiechenden Invaliden weiterhin wertvollen Lagerplatz belegen durften.

Wir sprechen über bis heute erhalten gebliebene medizinische Berichte im Zusammenhang mit darniederliegenden Lagerinsassen, welche ungeachtet der täglichen bzw. wöchentlichen Selektionen durch das angeblich verrückte Monster Dr. Mengele, gepflegt wurden.

Wir sprechen auch über das derzeit Furore machende Leuchter-Gutachten, welches kürzlich durch einen kanadischen Neonazi veröffentlicht wurde. Dieses Gutachten kommt zu dem Schluß, daß in den Gaskammern niemals Giftgas (Zyklon B) eingesetzt wurde. Dieses anmaßende, viele Seiten umfassende Gutachten entdeckt plötzlich neu, was ein guter polnischer Chemiestudent an einer durchschnittlichen polnischen Hochschule mit seinen bloßen Augen erkennt. Nämlich das völlige Nichtvorhandensein von Rückständen des blauen Salzes aus den Ferrocyaniden an den Gaskammerwänden. Im Gegensatz zu den blanken Gaskammerwänden ist jedermann bei den von allen Experten als Entlausungskammern ausgewiesenen Gebäuden über die Intensität des blau gefärbten Innenputzes und noch mehr über die von den Giftrückständen durch und durch durchdrungenen Backsteinwände erstaunt. Denn dort reagierte die Blausäure auf Eisenbestandteile der Backsteine (rote Farbe) und schaffte somit ein nie mehr verschwindendes und für jedermann sichtbares blaues Stein- bzw. Wandpigment.

In privaten Unterhaltungen im Museum sprechen wir auch über die vom CIA 1979 entdeckten Luftaufnahmen vom Mai 1944, welche durch Aufklärungsflugzeuge von Auschwitz gemacht und dem Museum zur Verfügung gestellt wurden. Diese exquisiten Photos lagern nunmehr seit 10 Jahren, der Öffentlichkeit vorenthalten, hinter verschlossenen Türen. Sie werden deshalb nicht gezeigt, weil die flammenden Scheiterhaufen von täglich 15.000 ungarischen Juden, wie sie von Reverend Eli Wiesel so lebhaft beschrieben wurden, nirgends zu sehen sind. Während unserer Pausen schließen wir Wetten ab, wann und ob sie überhaupt jemals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ich bin der Meinung, daß die chemischen Resultate aus Proben der Gaskammerwände, die Luftaufnahmen, die Gesamtzahl der ums Leben gekommenen sowie die Berichte über die medizinische Situation dieses schrecklichen Lagerkomplexes zum ersten Mal veröffentlicht werden, sobald der 800 Millionen-Kredit der

Vereinigten Staaten an Polen genehmigt und der Vorsitzende des jüdischen Weltkongreß, Herr Bronfman, keine weiteren Einwände mehr erheben wird.

Interessanterweise entschlossen sich die Nonnen in Auschwitz, ungeachtet der ausstehenden Kreditgewährung sowie der politischen Unterwerfung von Papst Johannes-Paul II. und Kardinal Glemp, an Ort und Stelle zu bleiben, während sie von der Whisky-Profit-Offerte der Nissenbaums angewidert waren.

Janusz Patek, M.S. Manhattan

Veröffentlicht in:
"New York City Tribune",
29. November 1989

heute

Durchblick

PRESE SPIEGEL NR.3

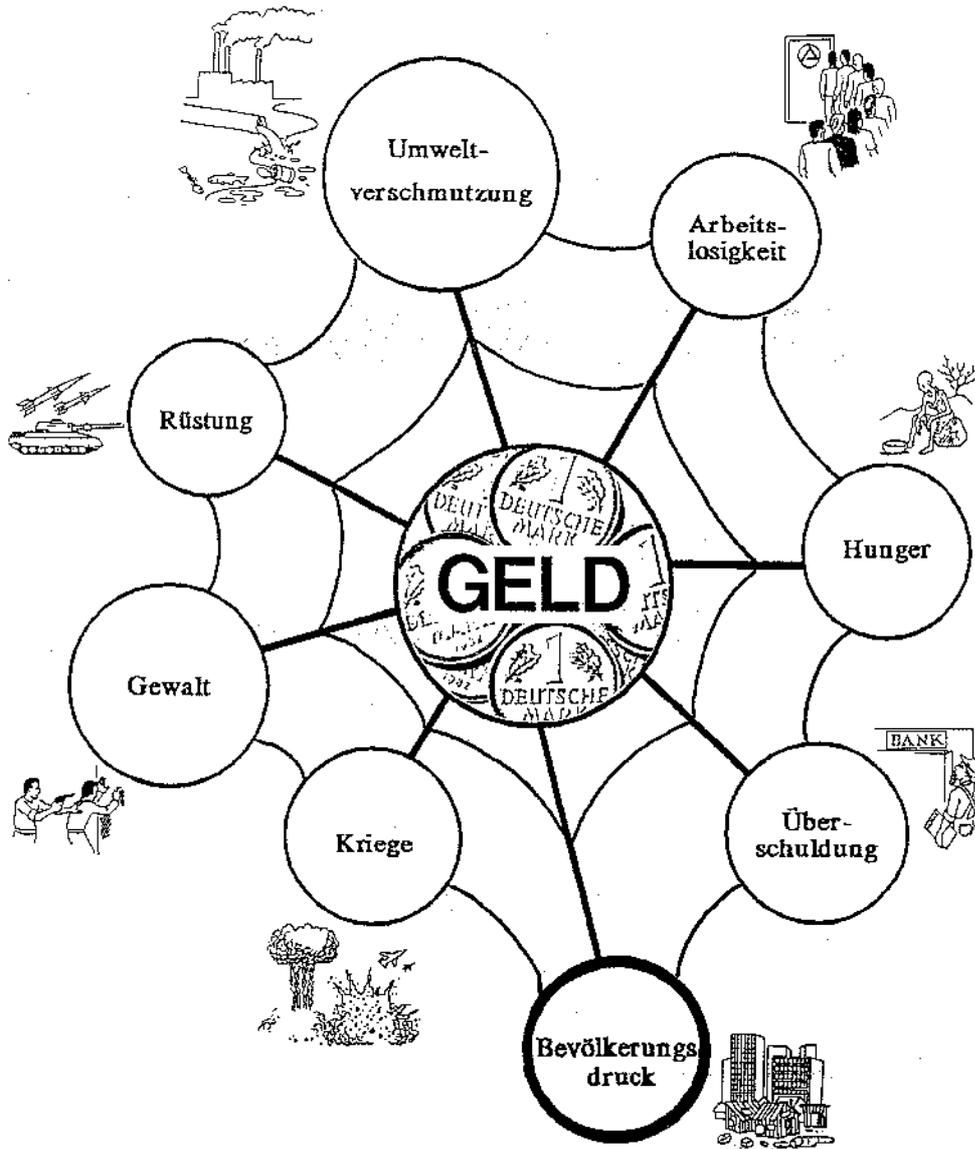
Fakstille-Verlag Bremen - 2800 Bremen 66 - Postfach 66 01 80 - Tel.: 0421/57 00 66

A N H A N G II zu: DER RAT!

Grafische Darstellungen und Kurztexte zu ökonomischen Vorgängen und Daten von Helmut Creutz
Monheimsallee 99/101, D 5100 Aachen

Globale Krisen - eine Ursache ?

Ohne die Kenntnis der Ursachen sind Probleme unlösbar



Die grafischen Darstellungen und Texte zu ökonomischen Vorgängen und Daten von Helmut Creutz entfallen hier, da inzwischen leicht zugängliche Veröffentlichungen vorliegen und Ausstellungen mit dem gleichen Inhalt besucht werden können. Beachte dazu die Seiten 61 bis 63 dieses Skriptes. Mai 1994 T.A.

HELMUT CREUTZ
**DAS
GELD
SYNDROM**
WEGE ZU EINER
KRISENFREIEN
MARKTWIRTSCHAFT

© 1993 by Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig in
F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München
Alle Rechte vorbehalten
Schutzumschlag: Atelier Bachmann, Reischach
Satz: Fotosatz Völk, Puchheim
Druck: Jos. C. Huber KG, Dießen
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Binden: Großbuchbinderei Mönheim
Printed in Germany
ISBN: 3-7814-7306-7

WIRTSCHAFTSVERLAG
LANGEN MÜLLER/HERBIG

Außerdem weisen wir auf folgendes Referat im Rahmen der Ausstellung hin:

Gerechtes Geld - Gerechte Welt

Welchen Beitrag kann eine neue Wirtschafts- und Geldordnung zur Lösung der sozialen und ökologischen Probleme leisten?

Referent: **Dr. Roland Geitmann,**

Vorsitzender des Vereins CGW,
„Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“

am Freitag, 6. 5. 1994 um 20.00 Uhr

im Foyer des Amtes für Gemeindedienste,
Archivstr. 3, Hannover

Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein.

Weitere Informationen über:
Initiative „Goldesel“ c/o Ulrich Matthaei, Tel.: 0511/668958

oder
Friedensbüro Hannover, Maschstr. 24, Tel.: 0511/883232

WAS SIE SCHON IMMER ÜBER GELD WISSEN WOLLTEN...

... das zeigt Ihnen die Ausstellung

GERECHTES GELD -

GERECHTE WELT

zu sehen von

Montag, dem 2. 5. 1994 bis zum
Freitag, dem 13. 5. 1994 täglich
von 8.00 - 18.00 Uhr

im Foyer des Amtes für Gemeindedienste,
Archivstr. 3,
Hannover

(U-Bahn Haltestelle Waterloo)

Themen und weitere Informationen: siehe Innenseiten

Referat: Dr. Roland Geitmann, CGW: siehe Rückseite

GERECHTES GELD - GERECHTE WELT

Ausstellung 2. 5. - 13. 5. 1994, Archivstr. 3, Foyer

Obwohl wir täglich mit Geld umgehen, ist unser Wissen darüber meist unzureichend. Wir sehen Geld im allgemeinen nur als ein neutrales Tausch- und Verrechnungsmittel, von dem keine negativen Wirkungen auszugehen scheinen. Daß unser Geld darum mit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu tun haben soll, wird manchen überraschen. Doch diese Verknüpfung wird bereits deutlicher, wenn man Ungerechtigkeit, Unfrieden und Umweltzerstörung mit Geld bzw. der Geldordnung und ihren Auswirkungen in Beziehung setzt.

Der Autor: Helmut Creutz

Die Schaubilder, Texte und Grafiken sind erstellt worden von dem inzwischen durch mehrere Veröffentlichungen und zahlreiche Vorträge bekannt gewordenen Helmut Creutz. In seinem neuesten Buch „Das Geld-Syndrom“ (Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, München, 1993) stellt er die in der Ausstellung angeschnittenen Themen umfassend (445 Seiten) und spannend dar.

Zitat aus dem Klappentext: „Hier liegt endlich ein Buch vor, das dem Laien wie dem Insider Aufschluß gibt über die Rolle, die das Geld in Wirtschaft und Gesellschaft spielt. (...) In diesem Buch wird nachgewiesen, warum ... Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen und daß ohne deren Korrektur kaum Hoffnung auf eine Lösung der vielfältigen Probleme besteht. (...) Besonders wichtig: Die konkreten Vorschläge zur Überwindung der Fehlstrukturen unseres Geldes.“

Die Veranstalter: Initiative „Goldesel“, Arbeitskreis für geschwisterliches Wirtschaften

Die Initiative „Goldesel“ will versuchen, die Auswirkungen des Geld- und Wirtschaftssystems auf unser tägliches Leben verständlich zu machen. Wir wollen uns gegenseitig in dem Vertrauen stärken, daß mensch auch in kleinen Schritten von unten nach oben Veränderungen bewirken kann. In der Gruppe finden Veränderungsprozesse statt, die zu einem offenen, nicht spekulativen Umgang mit Geld führen sollen: Statt Zinsgewinn Gewinn von neuen, ungewohnten sozialen Beziehungen.

Zu bestimmten Zeiten des Tages werden Vertreterinnen und Vertreter unseres Arbeitskreises anwesend sein, um Sie zu informieren und Fragen zu beantworten.

DANK

Wir danken ganz herzlich dem Amt für Gemeindedienste für die freundliche Unterstützung.

Folgende Themenbereiche werden durch Schaubilder, Texte und Grafiken dargestellt:

Geld und Gerechtigkeit Geld, Krieg und Frieden

Geld und die „Dritte Welt“ Geld, Wachstum, Umwelt

Geld und Zinsen Geldvermögen und
Schulden

Geld, Arbeit, Wirtschaft Geld und Banken